libertäres
Monatsheft
aus Leipzig

Feierabend!

Juli - September 2012 #45

Das Leben der Anderen

Eine Kontroverse um die dezentralisierte Unterbringung von Flüchtlingen in Leipzig

Grünau, 11. Juni 2012. Mehrere hundert aufgebrachte Bürger_innen stehen vor der Tür des Kulturhauses *Völkerfreundschaft*. Die meisten von ihnen sind im Rentenalter. Sie warten ungeduldig darauf, Einlass zur Stadtbezirksbeiratsitzung zu bekommen, um ihrem Ärger gegen das zweite geplante große Flüchtlingsheim in ihrem Stadtteil Luft zu machen. Auf ihren Mobilisierungsplakaten steht: „Grünau = Berlin-Kreuzberg. Wir Grünauer sagen NEIN!“ Sie haben genug von der Völkerfreundschaft. Die müsse sich schließlich nicht immer in ihrem Viertel abspielen. Ein Flüchtlingsheim sei genug, es gebe schon genug soziale Probleme, Alkoholmissbrauch und Kriminalität. Das und vieles mehr wollen sie dem Leipziger Sozialbürgermeister Thomas Fabian (SPD) heute während der Stadtbeiratssitzung sagen. Fabian ist heute gekommen, um den Grünauer_innen zu vermitteln, dass die Weißdornstraße 102 derzeit das einzige Objekt in der Stadt ist, das die nötige Kapazität für 180 Flüchtlinge aufbringt. Er möchte ihnen erklären, dass die Zahl der Flüchtlinge im letzten Jahr wieder angestiegen ist (1), dass Leipzig im nächsten Jahr eventuell mit über 400 Flüchtlingen mehr rechnen muss, und dass es sich dabei um eine Weisung des Freistaates Sachsen handelt.

Fortsetzung auf Seite 5f...

Occupy in deutschen Landen

Ein Blick in und über den Tellerrand der Blockupy-Protesttage in Frankfurt

Die Welt kennt eine neue Bewegung: *Occupy*. Angestoßen durch die Aufstände in Tunesien und anderen arabischen Staaten, emporgestiegen während der spanischen, griechischen und israelischen Sozialproteste 2011 und populär geworden durch die US-amerikanische Occupy-Wall-Street-Bewegung, ist *Occupy* zum Sammelbegriff für soziale Proteste und Bewegungen rund um den Globus geworden. *Occupy* wurde zum Label, es steht sowohl für die Besetzung öffentlicher Plätze in den verschiedensten Städten und Weltregionen, als auch für die Empörung verschiedenster Menschen. Sie prangern soziale Missstände an, wollen etwas in Politik und Wirtschaftsausrichtung grundlegend ändern. Sie werden laut. Auch in Deutschland – ein wenig.

Offenheit zeichnet die Bewegung aus – Vielfalt wird da zum Programm: Nicht nur die Ausgangslage und die darauf aufbauenden Protestausrichtungen sind in den jeweiligen Staaten sehr unterschiedlich. Auch auf lokaler Ebene zeichnet sich das Spektrum der Aktivist_innen vor allem durch seine Unterschiedlichkeit in Kritik und Utopie aus.

Diese Offenheit und Diversität ist auch ein Grund, weshalb viele politisch aktive Menschen hierzulande meist skeptisch reagieren, wenn vom *deutschen* Ableger der Occupy-Bewegung die Rede ist. Befremdlich wirkt es, wenn die deutschen Proteste mit den Revolutionen im arabischen Raum oder der US-amerikanischen Protestbewegung in Zusammenhang gebracht werden. Ist das hierzulande denn eine soziale Bewegung? Welche aktuellen Missstände werden wie thematisiert? Welchen Anspruch an gesellschaftliche Veränderung haben *die*? Und wer sind *die* überhaupt? An Skepsis und Vorurteilen mangelt es uns sicher allen nicht, beim Versuch, sich die Occupy-Proteste im deutschen Lande vorzustellen. Mitte Mai 2012 gab es die Gelegenheit einen direkten Einblick zu bekommen und die eigene Kurzschlüssigkeit kritisch zu hinterfragen – bei den Blockupy-Protesttagen in Frankfurt am Main.

Fortsetzung auf Seite 14ff...

Go, Horst, go!

Manche Ideen sind viel zu naheliegend... Im Januar 2013 sind wieder OBM-Wahlen. Da braucht auch der örtliche CDU-Anhang einen Kandidaten. Und wer wäre dafür besser geeignet als der notorische Horst Wawrzynski? Die CDU und der Polizeipräsident – passt wie der Schlagstock aufs Auge.

Zum Glück kann Horst nicht nur die Dirty-Harry-Pose, sondern zur Not auch ultrabrutal menscheln: „Ich kenne die sozialen Brennpunkte, die Sorgen der ‘kleinen Leute’ und die schlechten Straßen. Ich weiß von den Schulruinen, den fehlenden Kitas und vielen anderen drängenden Problemen. Als Polizeipräsident konnte ich das nicht ändern – als Oberbürgermeister werde ich es ändern!“ Wackere Worte. Aber die Sorgen der kleinen Leute lösen sich vermutlich nicht in Luft auf, wenn man mal ordentlich draufhaut...

Aber wenigstens wissen wir jetzt, was diese ständigen „Komplexkontrollen“ sollen. Großrazzien und flächendeckendes Filzen – wenn das keine clevere Werbestrategie ist! Als frischgebackener OBM-Kandidat muss man sich eben um Bürgernähe bemühen. Oder in Wawrzynskis eigenen, erfrischend ungelenken Worten: „Der Dienstleistungsgedanke für den Bürger liegt mir wirklich am Herzen“. Manch Bürger hat sich bei so viel Nähe schon üble Platzwunden zugezogen. Aber Schwamm drüber, „ein Oberbürgermeister ist kein Schönwetterkapitän“, sondern muss „Entscheidungen fällen und Verantwortung übernehmen“. Genau! Knüppel oder Pfefferspray, das ist hier die Frage...

justus

editorial

Alle reden vom Wetter, wir schreiben drüber. Keine Angst, nur in diesem Editorial muss der Sommer als Einstieg herhalten. In der #45, die Du gerade in den Händen hälst und Dir über das Sommerloch helfen soll, geht es sonst recht inhaltlich zur Sache. Wir berichten über den sehr unterschiedlichen Umgang von Leipziger_innen mit „ihren" Flüchtlingen, schauen auf den „Graffiti-Krieg", der gerade tobt, beleuchten prekäre Arbeitsverhältnisse in Halle sowie das deutsche Streikrecht, widmen uns ausführlich der Occupy-Bewegung, stinken ein wenig gegen Facebook an, rezensieren fleißig und haben sogar noch schnell ein einseitiges Comic in diese Ausgabe gepinselt. Alles in allem trotz wiedermal abgespeckter Redaktion ein fettes Heft. Viel Vergnügen beim Schmökern!

Eure *Feierabend!*-Redax

PS: Unsere Verkaufsstelle des Monats ist das Skorbut in Lindenau, dessen Betreiber_innen wir im letzten Heft interviewt haben.

Nach der Kampagne ist vor der Kampagne

Die antifaschistische Kampagne *Fence Off* gibt es nicht mehr. 16 Monate lang organisierten Leipziger Antifaschist_innen den Widerstand gegen das sog. Nazizentrum in der Odermannstraße. Das Lindenauer Bürgerbüro der NPD existiert seit nunmehr fast vier Jahren. Unzählige Störaktionen, Kundgebungen und Demonstrationen konnten jedoch nicht verhindern, dass die Odermannstraße 8 weiterhin als überregionalen Veranstaltungsort und Treffpunkt von Nazis genutzt wird.

Die Kampagne zieht also eine durchwachsene Bilanz. Obwohl sehr erfolgreich in der Mobilisierung und einzelnen Aktionen, wurde das versprochene Hauptziel leider verpasst.

Nach dem Tod des NPD-Landtagsabgeordneten Winfried Petzold, der die Odermann 8 als Bürgerbüro eröffnete, sah es Anfang des Jahres für einen Moment so aus, als würde sich das „Nationale Zentrum" selbst abwickeln. Doch die NPD mochte ihren Sitz im Leipziger Westen nicht aufgeben, und so nutzen die beiden Leipziger Stadträte Rudi Gerhard und Klaus Ufer das Objekt jetzt offiziell als Stadtverordnetenbüro. Wie es herinnen jedoch um die Kräfteverteilung aussieht, ist weiterhin recht unklar. Dem Streit der straff organisierten NPD-Leute mit den Freien Kräften folgte angeblich ein Rauswurf der jungen autonomen Meute. Fakt jedoch ist, dass weiterhin Musik- und Vortragsveranstaltungen mit hochkarätigen Gästen stattfinden, zu denen die äußerst rechte Szene in der ganzen Bandbreite anrückt. Sänger wie Frank Rennicke, SS-Veteranen oder gestandene Holocaustleugner_innen wie Ursula Haverbeck-Wetzel ziehen Hooligans und NPD-Kader gleichermaßen an. Wobei letztere nicht zu ihrem Vortragstermin am diesjährigen Führergeburtstag erschien.

Das könnte durchaus an den massiven Störungen von Antifaschist_innen gelegen haben. Diese und anderes Aktionen werden nun ebenso wie das gesamte Kampagnenkonzept von den Akteuren noch einmal näher unter's Licht genommen. Es war neu in Leipzig, sich auf ein konkretes Ziel zu konzentrieren und so auch Leute einzubinden, die sonst eher faul sind, wenn es um antifaschistisches Engagement geht. Die Reflexion soll neue Möglichkeiten eröffnen, wie Kritik an und Widerstand gegen die Nazis aussehen kann, soll und erfolgsorientiert auch sein muss. Denn das Nationale Zentrum gibt es immer noch.

shy

termine

Herrschaftskritisches Sommercamp
20.-27. Juli 2012
Kommune Waltershausen, Thüringen
http://www.naturfreundejugend-berlin.de/sommercamp/

Antinationales Sommercamp hoch 2 Süd
22.-26. August 2012
irgendwo in Bayern/Baden-Württemberg
http://junge-linke.org

Antinationales Sommercamp hoch 5 Nord
26. Juli - 2. August 2012
irgendwo in Niedersachsen
http://junge-linke.org

lebenslaute (klassische Musik – politische Aktion)
Aktionstage: 30.08.-03.09.12
in Villingen-Schwennigen

Ferienuniversität Kritische Psychologie
11.-15. September / FU Berlin
http://2012.ferienuni.de/

Feierabend! ist ein unkommerzielles Zeitungsprojekt, das es sich zum Ziel gesetzt hat, libertäre, herrschaftskritische und emanzipatorische Ideen zu verbreiten. Deswegen widmen wir uns Sachverhalten, die in der kommerziellen Presse oft unzureichend, verzerrt oder gar nicht erwähnt werden. Das betrifft besonders die Berichterstattung über soziale Bewegungen, wie sie im Großen und Kleinen alltäglich stattfinden. Diese wollen wir kritisch begleiten und dabei vor allem solche Themen beleuchten, die uns aus der Akteursperspektive interessant und wichtig erscheinen. Der Verkaufspreis von derzeit einem Euro dient nur dazu, die Produktionskosten des Heftes zu begleichen. Alle redaktionell und inhaltlich an der Erstellung des Heftes Beteiligten arbeiten als ÜberzeugungstäterInnen ohne Bezahlung. Die Weiterverbreitung der Texte und Inhalte ist ausdrücklich erwünscht. Bei anderweitigen Veröffentlichungen der fertigen Artikel bitten wir um kurze Rücksprache mit der Redaktion.

No Name, No Fame, No Game?

Über den Leipziger Krieg der Farben

Leipzig hat einen neuen Aufreger – Graffiti. Jetzt werdet Ihr sagen: Aber das ist doch nicht neu! Graffiti gibt es in Leipzig schon ewig, jeder Hampelmann schmiert hier die Wände mit unverständlichen Kürzeln voll! Aber dann habt Ihr wahrscheinlich nicht mitbekommen, dass jetzt in Leipzig Krieg herrscht. Ein Graffiti-Krieg. Graue Wände zu bemalen war ja schon immer schlimm, aber nun zittert die ganze Stadt unter den rücksichtslosen Aktionen der Sprüher-Crews. Die neue Qualität zeichnet sich jedoch nicht durch Mord- und Totschlag aus, wie man es von einem Krieg erwarten könnte. Nein, schlimmer. Hier zählt doch tatsächlich, wer wo das extremste Bild macht. Die Größe und Lage der bemalten Flächen ist derart alarmierend, dass die üblichen Verdächtigen aus Stadt, Wirtschaft und Medien panisch aufschreien.

Die sich laut *SpiegelTV* bekriegenden Crews sind die *Radicals* alias *RCS* und die *ORG*-Crew. Manch Witzbold behauptet ja, *ORG* – das stehe für „Organisierte Radicals Gegner". Und die *Radicals* – das sind laut den Witzbolden von *SpiegelTV* ja wiederum die Gegner der *ORG*-Crew im „Graffiti-Krieg" Leipzigs. (1)

Seit Jahren bestimmen sie mehr und mehr das Stadtbild – die Bombings der sich battlenden Crews in Burner Chrom mit Bitumen-Black-Outlines aus den 600er Cans der Underground-Writer, die an den Walls der LE-City swaggen, ohne jedoch eine Message zu spreaden, die conscious wäre.

Oder für die Nicht-HGB-Student_innen unter Euch: Gemeint sind die übergroßen Kürzel der klandestinen Künstlerkollektive in meist minimalistischem Silberchrom mit pechschwarzen Außenlinien, aus den genau auf illegale Bedürfnisse abgestimmten Fabrikaten spezialisierter Sprühdosenhersteller, gesprüht auf den Wänden der Kulturstadt Leipzig mit der eindeutigen Botschaft: Ich hab' den Größten.

Gemeint sind eben nicht die „Tags", die kleinen Filzstiftschmierereien, die Szenekneipen ihren alternativen Charme verleihen, sondern die richtig großen, nicht einfach dahingeschmierten, eben „gebombten" Kürzel. Wobei die laut *SpiegelTV* „sich bekriegenden Crews" oft peinlich darauf achten, die Bilder der „Gegner" nicht zu crossen, zu übersprühen.(2) Was für Außenstehende wie die Genfer Konventionen des Graffiti erscheinen mag, ist jedoch wichtiger Bestandteil des hochkriminellen Wettstreits um die Vorherrschaft auf Leipziger Straßen. Nach unzähligen Bombings an immer prominenteren Stellen eskalierte der Krieg vor einigen Wochen. Das mehrere Jahre eingerüstete Ring-Messehaus gegenüber der Blechbüchse sollte wieder im morbiden Charme seiner unsanierten Fassade erstrahlen. Zum Vorschein kamen jedoch drei riesige chromfarbene Buchstaben – *RCS*. (3) Darüber noch ein zweistöckiges *SNOW*. Gemalt über die Weihnachtszeit kam es nun plötzlich zum Vorschein. Die Entrüstung des Hauses führte so freilich zur größeren selbigen von Medien und städtischen Vertretern. Nur *ORG* nahmen die Radicals-Kriegserklärung wirklich ernst und schlugen erbarmungslos zurück – zwei Wochen später prangte am nicht weit entfernten und ebenso zentral gelegenen Robotron-Haus ein noch riesigeres *ORG*-Bombing. (4)

Damit nahm der „Krieg um das größte Graffiti" in Leipzig sein vorerst schreckliches Ende. Die Kriegsparteien allerdings laufen weiter unbehelligt auf den Straßen herum und nutzen die Zeit zur Aufrüstung. Und so bleibt die Angst vor dem, was da kommen mag.

Historischer Exkurs

Dabei war es nicht immer so gefährlich auf Leipzigs Straßen. Noch in letzten Jahrtausend standen Sprüher_innen Schulter an Schulter bspw. in Plagwitz und malten im friedlichen Wettstreit. Nachdem im Oktober 2003 mit der „Streichung" dieser größten geduldeten „Wall of Fame" die neue harte Linie der Stadt gegen Graffiti begann, änderte sich einiges. Der Verlust der über 250 Meter langen Wand machte Leipzigs Sprüher_innen derart traurig, dass sich etwa 200 von ihnen knapp einen Monat später in einem Trauerzug am Ort des Geschehens einfanden und Blumen und Kränze niederlegten. Die Trauer jedoch wandelte sich schnell in Wut und die Stadt wurde in einer ersten Welle mit tausendfachen „Meine Wand?"-Schriftzügen zugebombt. Die Botschaft und der dahinterstehende Diskurs wurde unübersehbar – Wem gehören eigentlich die vielen Wände? Den Eigentümer_innen oder denen, die sich das Recht heraus nehmen, ihre Umwelt so zu gestalten, wie sie es wollen? Die Frage konnte nicht abschließend geklärt werden und so verbreitete sich der Slogan in den folgenden Monaten bis nach Halle und dank Zug-Kultur weit in die deutsche Graffitilandschaft.

Peter Sodann – Hallenser Theaterintendant, ehemaliger Tatort-Kommisar und Spießbürger erster Güte – ließ es sich damals nicht nehmen, die Graffitikultur als „ganz normalen Faschismus" zu bezeichnen und wurde in der Folge mit Hitlerbärtchen per Schablonengraffiti selbst als Faschist verunglimpft. Auch sonst gab es allerlei kreative Aktionen der Sprüher_innen, die im Kontext der Leipziger Olympia-Bewerbung (siehe FA! #12) und der Fast-Aberkennung der Gemeinnützigkeit des Conne Island den Diskurs um illegale und alternative Jugendkultur vs. sauberes Stadtimage antrieben.

Flatrate für den Frieden

Treibende Kraft hinter den damaligen städtischen Säuberungen war ein „Zusammenschluss von Leipziger Unternehmen, Immobilieneigentümern, Stadtverwaltung, der Sparkasse, den Verkehrsbetrieben, Gebäudedienstleistern, Handwerkern, und zahlreichen Privatpersonen", das im März 2003 gegründete *Aktionsbündnis STATTbild e.V.*, oder auch „Das Bündnis gegen illegale Graffiti in Leipzig".(5)

Der Verein hat mit Institutionen wie dem *Bundesgrenzschutz Leipzig* und der *Bundespolizei* höchst sympathische Partner, betreibt in Zusammenarbeit mit dem Regionalschulamt und der Bildungsagentur Leipzig „Aufklärungsarbeit" unter Schüler_innen und veranstaltet allerlei Fachberatungen mit Immobilienfirmen und Gewerbetreibenden rund um das Thema illegale Graffiti.

Neuerdings bietet der *STATTbild e.V.* zusammen mit Graffiti-Reinigungsfirmen, die selbst Mitglieder des Vereins sind, eine selbstentwickelte „Graffiti-Flatrate" an. Hausbesitzer_innen zahlen einen monatlichen Pauschalpreis für die stete Beseitigung ungewünschter Farbe. Dass das die Sprüher_innen eher weiter anstachelt, als im Zaum hält, könnten die Wächter der Reinheit dabei sehr wohl im Hinterkopf haben. Mehr Graffiti bedeutet schließlich auch mehr Reinigungsaufträge, Profilierungsmöglichkeiten und CDU-Wählerstimmen. Nach außen hin geben sie sich aber nachwievor naiv. Dass bspw. die Zahl der illegalen Graffiti in Leipzig maßgeblich durch ihre Initiative in der Zeit seit 2003 über 50% anstieg, während sie in anderen ostdeutschen Städten teilweise stagnierte, davon lassen sich die Flitzpiepen nicht beirren.

Aber ob durch Kalkül oder bürgerliche Naivität befördert – der Krieg um Leipzigs Wände geht weiter. *RCS*, *ORG*, *SNOW*, und wie sie sonst noch alle heißen, werden sich mit ihren eigenen Graffiti-Flatrates am Stadtbild beteiligen. Und so bleibt wohl vorerst alles, wie es ist. Schwarz und Chrom. Und manchmal bunt.

shy

(1) http://youtu.be/HQ8MwlyVZ_c
(2) http://ilovegraffiti.de/blog/2010/09/17/determined/
(3) http://www.welikethat.de/2012/04/18/einfach-mal-800-quadratmeter-illegal-bemalen/
(4) http://streetfiles.org/photos/detail/1412367/
(5) http://www.stattbild.de/

Fortsetzung von Seite 1

Das Leben der Anderen

Eine Kontroverse um die dezentralisierte Unterbringung von Flüchtlingen in Leipzig

Wie alles begann

Angefangen hatte alles mit *Amazon*. Als das Versandhaus vor rund drei Jahren offiziell Interesse an dem Gelände der Torgauer Straße 290 bekundete, begann in der Stadtverwaltung die Diskussion um die alternative Unterbringung der dort lebenden Flüchtlinge. Der Stadt Leipzig kam der Wunsch von *Amazon* nach Expansion gelegen, denn sie suchte händeringend nach Investoren, um nicht nur die maroden Häuser, sondern auch die marode Arbeitsmarktlage zu sanieren. Gleichzeitig musste nun für die Flüchtlinge ein neuer Ort her. Im Sinne der politischen Entscheidungsträger ein Ort „nicht unmittelbar in einem Wohngebiet, insbesondere entfernt von Schulen, Kindergärten, Spielplätzen“*. Als die Stadt ihren Vorschlag bekannt gab – ein Containerwohnheim für 300 Personen in der Wodanstraße, nahe der Autobahn im Norden der Stadt – machten sich lautstarke Proteste in der Zivilgesellschaft und in einigen Fraktionen des Stadtparlamentes breit. Im Dezember reichten *DIE LINKE* und *Bündnis 90/Die Grünen* ein erstes Konzept ein, in dem sie eine weitestgehend dezentrale Unterbringung von Asylbewerber_innen und Geduldeten forderten. Das Konzept, das im Juni 2010 angenommen wurde, sah eine Mitbestimmung von Initiativen und Vereinen vor, die die *SPD* und *CDU* damals ablehnte. Am 8. Mai 2012 stellte die Stadt ihr Konzept „Wohnen für Berechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz in Leipzig“ vor. Danach soll das Heim in der Torgauer Straße bis Ende 2013 durch sechs kleinere und ein größeres Objekt – letzteres in Grünau – ersetzt werden.

Stimmen aus Grünau

(...) Die aufgebrachten Gäste vor der *Völkerfreundschaft* warten immer noch darauf in den Saal gelassen zu werden. Einige beginnen unruhig an der Tür zu rütteln. In der Hoffnung, endlich gehört zu werden, rufen sie: „Wir sind das Volk!“ Später werden sie sagen, sie fühlen sich übergangen, weil sie niemand in den Entscheidungsprozess mit einbezogen hat. Unter Dezentralisierung verstünden sie nicht, dass die Mehrzahl der Leipziger Flüchtlinge in Grünau lebt, sondern bitte schön verteilt über die ganze Stadt. Ein Redner wird während der hitzigen Bürgerdiskussion zum bereits bestehenden Flüchtlingsheim in der Liliensteinstraße kommentieren: „Ich bemüh mich schon seit zwölf, dreizehn Jahren, dass in diesem Heim Ordnung einkehrt (*Gelächter aus dem Publikum*). [...] Da wird an kirchlichen Feiertagen orientalische Musik abgeleiert. Ruft man de Polizei an: Ich bin nicht zuständig. Ruf ich das Ordnungsamt an: Ich bin nicht zuständig. Das Sozialamt [...] und es tut sich gar nichts (*tosender Beifall und Johlen aus dem Publikum*). Aber so geht das nicht, dass hinterher der Bürger dann alleine gelassen wird. Und ich bin froh, dass diese Diskussion nun entsteht. Bis jetzt war ich ein Einzelkämpfer. Ich wurde seit 1998 als rechts in die Ecke gestellt“. (*Aus dem Publikum johlt ein Mann: „Du bist nicht allein!“, daraufhin tobender Applaus und Johlen*) (1). Als ein anderer Redner vorsichtig äußert: „die Menschen kommen auch her, weil sie Angst haben“, ertönt aus dem Publikum höhnisches Gelächter.

Am 11.06.2012 vor der Völkerfreundschaft in Grünau

Stimmen aus der Torgauer Straße

Eine der Bewohner_innen des Flüchtlingsheimes in der Torgauer Straße ist Rashida (2). Alleine ist sie aus Pakistan geflohen, weil sie der Ahmadi-Minderheit angehört, deren Angehörige von der pakistanischen Mehrheitsbevölkerung nicht als Muslime anerkannt werden. „Wenn ich einkaufen war, haben die Leute in meinem Dorf mir den Schleier vom Kopf gerissen, weil sie unseren Propheten nicht akzeptieren“, erzählt sie und zieht den locker um ihren Kopf geworfenen Schal straff über das Kinn. Tatsächlich ist die Ahmadiyya in Pakistan seit 1994 verboten. Angehörigen dieser Glaubensrichtung ist die Begrüßungsformel „Salám“ untersagt, sie wird mit Geldbußen und Haftstrafen geahndet. Wie sich die Verfolgung auf Ahmadis in Pakistan auswirken kann, zeigte der Anschlag auf zwei Ahmadiyya-Moscheen in Lahore am 28. Mai 2010, zu der sich pakistanische Taliban-Milizen bekannten, bei dem während eines Freitagsgebetes 86 Ahmadis getötet wurden.

Eigentlich wollte Rashida mit ihrem Ehemann kommen, doch die pakistanische Regierung stellte ihm bislang keine Ausreisepapiere aus. Rashida sagt, sie fühle sich alleine, verbringe die meiste Zeit auf ihrem Zimmer. Nach sieben Uhr verlasse sie das Haus nicht mehr. Die junge Frau kam nach Deutschland, weil sie Angst hatte, aber auch hier lebt sie in Angst. Dabei hat sie von den Bürgerprotesten in Grünau,

Wahren und Portitz noch gar nichts mitbekommen. Ihr reiche schon, was sie im Heim erlebe. Da ist ein Heimbewohner, der regelmäßig an ihre Türe klopft und etwas zu ihr sagt. Sie spreche seine Sprache nicht. Sie sagt zu ihm, er solle verschwinden, aber er klopft immer wieder. Rashida ist eine von einer Handvoll Frauen unter 200 Männern in der Torgauer Straße. Die anderen Frauen sprechen ihre Sprache nicht. Jetzt hat sie einen Antrag gestellt, um nach Grünau in die Liliensteinstraße umziehen zu dürfen. Dort hat sie Freundinnen, die wie sie Muslima sind und aus Pakistan kommen.

Eine junge Mutter aus Grünau, die einen Bericht über die dezentralisierte Unterbringung von Asylbewerber_innen auf *leipzig-fernsehen.de* kommentiert, glaubt zu wissen, weshalb die Flüchtlinge wirklich kommen: „Ich habe nix gegen Ausländer, aber wieso sollen wir sie hier aufnehmen, wo sie selbst ein eigenes Land haben. Sie nehmen den Deutschen hier Arbeitsplätze weg oder kassieren schön Hartz IV, leben da schon auf Staatskosten und dann noch die Unterbringung. Das kann es nicht sein [...]"
Fremdenfeindliche Evergreens wie diese aus der Mitte unserer Gesellschaft können tatsächlich nicht sein und lassen sich schnell entkräften. Zum Beispiel das Arbeitsplatz-Vorurteil: Asylbewerber_innen werden schon per Gesetz diskriminiert, sie dürfen frühestens nach einem Jahr arbeiten und werden nur dann angestellt, wenn kein_e deutsche_r, EU-Bürger_in diese Stelle annehmen will. Das verdeutlicht auch die statistische Arbeitslosenrate, die unter Migrant_innen mehr als doppelt so hoch ist wie unter der Mehrheitsbevölkerung (3). Um über das zugewiesene Taschengeld hinaus zu verdienen, nehmen viele dann Jobs an, in denen sie vor allem ausgebeutet werden. Arbeitgeber_innen nutzen die prekäre Situation der Flüchtlinge/Migrant_innen oft schamlos aus und beschäftigen sie ohne Versicherungen und Sozialabgaben zu Niedriglöhnen. Es kommt nicht selten vor, dass der Lohn gar nicht ausgezahlt wird. Daher müssen grundsätzlich Gesetz- und Arbeitgeber_innen verantwortlich gemacht werden.

Wie in Grünau dieser Tage deutlich wird, wäre es zu kurz gegriffen die Protestierenden einfach als Rassisten zu bezeichnen. Vielmehr verschränken sich hier oftmals diskriminierende Einstellungen: „Wenn 150 deutsche Obdachlose in die Unterkunft kämen, würden wir auch dagegen protestieren!", rechtfertigt ein Grünauer Bürger seine Wut. Allein in diesem kurzen Satz durchkreuzen sich fremdenfeindliche, klassenorientierte und sozialdarwinistische Weltanschauungen. Ob Obdachlose, „Asoziale" oder „Asylanten", die Kategorien werden beliebig ethnisch oder sozial auf- und abgeladen.

Das Flüchtlingsheim in der Torgauer Straße

Ajmal ist ein Bewohner aus der Torgauer Straße. Vor fünf Monaten flüchtete der Innenarchitekt vor dem Regime im Iran nach Deutschland. Über das Heim in der Torgauer Straße und die neuen Entwicklungen sagt er: „Keiner von uns wohnt gerne in diesem Gefängnis. Aber seit wir wissen, dass wir aus der Torgauer Straße gehen müssen, haben viele von uns auch Angst zu gehen. Wir wissen nicht, wo die neuen Häuser stehen. Einige haben gehört, dass es Proteste gegen uns gibt. Wir würden gern mit unseren Gegnern ins Gespräch kommen. Aber viele von uns haben keine Kontakte nach draußen. Wir wissen nicht, was passieren wird."

Stimmen aus Plagwitz

13. Juni 2012. Plagwitz, Schule am Adler. Rund 200 junge, bunte Menschen füllen den Saal bei der Stadtbezirksbeiratssitzung, bei der das Objekt in der Markranstädterstraße 16-18 im Stadtteil vorgestellt wird. Das Haus ist für rund 45 Menschen ausgelegt. Gleich, ob von Stadtbezirksbeirät_innen oder Anwohner_innen, im Saal findet das Konzept trotz vieler konstruktiv kritischer Anmerkungen als „ein Schritt in die richtige Richtung" eine so breite Zustimmung, dass dem Sozialbürgermeister und der Sozialamtsleiterin Martina Kador-Probst zum Schluss die Tränen in den Augen stehen.
Tatsächlich ist eine idealere sozio-(sub)kulturelle Einbindung der dezentralisierten Unterbringung wie in der Markranstäder Straße kaum vorstellbar. Die unmittelbare junge und alternative Nachbarschaft – die Zollschuppen-Häuser, der Bauspielplatz *Wilder Westen*, die *Meta Rosa* und der Wagenplatz *Karl Helga* bekunden nicht nur Freude über die Entscheidung, sondern bieten den Flüchtlingen mit Volxküchen, Zirkusprojekten, Umsonstladen und politischen Veranstaltungen einen potentiell abwechslungsreichen Alltag.
Bei genauerem Hinsehen erscheint das Objekt in Plagwitz nicht nur einzigartig in seiner sozio-kulturellen Einbindung,

sondern auch in seiner Symbolik. Dafür sorgt *Siemens,* ein Global Player in der Rüstungsindustrie, der in der unmittelbaren Nachbarschaft angesiedelt ist. Es ist kein Zufall, dass das Rüstungsgerät zufälligerweise in die Länder exportiert wird, aus denen das Gros der Flüchtlinge kommt. Damit wird der gewählte Standort in der Markranstädter Straße unfreiwillig zum dreidimensionalen Schaubild der Konsequenzen neokolonialer Praxis – und unserer eigenen Verwicklung in die Fluchtgeschichten der Flüchtlinge.

Unsere Stimmen

Komplexe Themen wie Krieg und Massenunterbringung wurden bei der Sitzung in Plagwitz allerdings ausgespart. Es schien als wollte mensch an den gegebenen Umständen arbeiten und keine neuen Grundsatzdiskussionen vom Zaun brechen. Kritisiert wurde beispielsweise die 0,8 Sozialarbeiter_innen-Stelle, die für die Flüchtlinge in der Unterbringung vorgesehen ist. Tatsächlich ist dieser Schlüssel schon seit Jahren Standard in Leipziger Flüchtlingsheimen, ohne dass das bislang auf öffentlichen Sitzungen kritisiert wurde. Stattdessen arbeiten wir – im heterogenen linken Spektum verortet – uns am liebsten, wie andere Wir-Gruppen auch, an den geglaubten Anderen ab. So lautet der Tenor auch in Plagwitz an diesem Tag: Der gutgemeinte Versuch der politischen Befürworter_innen, die Flüchtlinge in Leipzig zu integrieren, scheitert womöglich nicht an dem Verhalten der Flüchtlinge, sondern an der Unfähigkeit der Mehrheitsgesellschaft die Flüchtlinge zu integrieren. Eine Rednerin fragt deshalb: „Wäre es nicht langsam an der Zeit die Bürger und Bürgerinnen Leipzigs, die so gegen die Flüchtlinge hetzen, zu demokratisieren?“ Ist es womöglich an der Zeit Integrationskurse für die deutsche Mehrheitsgesellschaft anzubieten?

Schuldzuweisungen á la „Du behinderst die Integration“ helfen jetzt niemandem. Genauso wenig, wie einfach nur Rassisten zu entlarven und sich und seinen eigenen Aktionismus dafür zu mögen. Wichtig ist jetzt mehr denn je aufeinander zuzugehen. Sowohl von Seiten der Flüchtlinge, als auch von Seiten ihrer Gegner_innen wurde der Wunsch geäußert miteinander ins Gespräch zu kommen. Ein eben solches Gespräch zu koordinieren, könnte unsere Aufgabe sein. Wir können nicht das Sprachrohr von Flüchtlingen sein. Dazu fehlt uns sowohl ihre Erfahrung als auch ihre Bevollmächtigung. Wir können ihnen aber auf ihren Wunsch hin die Plattformen und Hilfestellungen geben, die es ihnen ermöglichen, selbst die Stimme zu erheben – nicht nur auf dem Papier. Es geht nicht nur darum, das böse System zu bekämpfen, sondern die Menschen und Lebensumstände, für die mensch sich engagiert, kennenzulernen und Freundschaften zu schließen, im Sinne einer face-to-face-Gesellschaft.

Klara Fall

weitere Infos: www.menschen-wuerdig.org

---

* 2011 stieg der Zahl der in Leipzig angekommenen Asylsuchenden von 198 auf 278, eine Steigerung um 31 Prozent. Quelle: http://jule.linxxnet.de/index.php/2012/06/burgerinnen-gegen-asylsuchende/

(1)http://agdezentralisierungjetzt.blogsport.eu/2012/06/13/bericht-von-der-stadtbezirksbeiratssitzung-west-grunau-am-11-juni-2012/

(2) Alle Namen der Bewohner_innen des Heimes wurden von der Redaktion anonymisiert.

(3) Im März 2011 waren in Westdeutschland 14, 5 Prozent Ausländer gegenüber 5,2 Prozent Deutschen arbeitslos gemeldet. In Ostdeutschland 24,6 Prozent Ausländer gegenüber 11,9 Prozent Deutschen. Quelle: Bundesagentur für Arbeit 2011: http://statistik.arbeitsagentur.de/Statischer-Content/Statistische-Analysen/Analytikreports/Zentrale-Analytikreports/Monatliche-Analytikreports/Generische-Publikationen/Analyse-Arbeitsmarkt-Auslaender/Analyse-Arbeitsmarkt-Auslaender-201103.pdf

Vom Seminar zur Kasse

Über die Bedingungen im Nebenjob und die Möglichkeiten zur Gegenwehr

„Karriere-Machen bei REWE!“ steht auf dem riesigen Plakat neben dem Eingang des REWE-Marktes am Steintor in Halle (Saale). Dies denkt sich auch Tina, als sie sich beim Filialleiter vorstellt. Neben dem BWL-Studium will sie ihr spärliches BAFöG-Auskommen aufbessern. Sie wird eingestellt, und am nächsten Tag fängt sie nach einer kurzen Einarbeitung an der Kasse an zu arbeiten.

Kassieren und das Einräumen neuer Waren in die Regale gehört zu ihren Aufgaben. An einem Mittwoch Nachmittag schaut sie auf den Schichtplan und sieht, dass der Chef sie für nächste Woche vormittags eingeteilt hat, obwohl er weiß, dass sie zu dieser Zeit eine Pflichtveranstaltung an der Uni hat. Im Einstellungsgespräch hatte Tina den Chef ausdrücklich darauf hingewiesen, dass sie nur nachmittags arbeiten kann.

Sie geht in das Büro vom Chef und fragt ihn, was das zu bedeuten hat. Darauf angesprochen, antwortet der Patron, dass er nichts von ihren Wunschzeiten weiß, und überhaupt könne sie ja auch gehen, wenn sie nicht arbeiten wolle. Dieses willkürliche Verhalten des Arbeitgebers führt bei Tina zu einem Gefühl der Hilflosigkeit.

Diese Querelen und der mickrige Stundenlohn von 6,50 Euro sind nur der Anfang. Jeden Arbeitstag muss sie vor Schichtbeginn im Laden sein und regelmäßig eine halbe bis ¾-Stunde länger da bleiben. Diese Stunde unbezahlte Arbeit wird von ihr stillschweigend verlangt. Doch sie ist auf die Lohnarbeit angewiesen, um die Miete für ihre WG in der Innenstadt zu bezahlen, denn ihre Eltern können sie finanziell nicht unterstützen.

Mit der Ungewissheit im Minijob kommt ihre Kollegin Silvia auch nicht mehr zurecht. Die geringen Beiträge zur Rentenversicherung bereiten ihr Bauchschmerzen. Durch den Stress im Betrieb und die ständige Unsicherheit, dass ihr Vertrag nicht verlängert wird, bekommt die Vierzigjährige psychische Probleme. Die einzige Möglichkeit, die sie sieht, um die Qualen kurzfristig zu beenden, ist die Kündigung. Eine Betriebsgruppe oder ein kämpferischer Betriebsrat, die sie unterstützen könnten, existieren in dieser Filiale nicht. Somit wird sie das Arbeitsverhältnis sang- und klanglos beenden.

Doch das interessiert den Chef nicht, denn Tag für Tag erreichen ihn neue Bewerbungen von unerfahrenen jungen Studierenden, die ihr Studium mit einem Aushilfsjob finanzieren müssen.

Nach fünf Monaten hat auch Tina genug von ihrem Job bei REWE und reicht ihre Kündigung ein. Der Filialleiter ist erstaunt, dass sie es so lange in seinem Laden ausgehalten hat, und setzt seine Unterschrift unter die Entlassung. Nach einem Job bei Kaufland, im Callcenter und im Discounter REWE ist Tina jetzt wieder vollständig auf ihr BAFöG und das Kindergeld ihrer Eltern angewiesen. Sollte sie ihren nächsten Minijob neben dem Studium beginnen, wird sie sicherlich mehr mit ihren Kollegen sprechen und solidarische Beziehungen knüpfen. Denn nur durch den Austausch über die Arbeitsbedingungen kann ein kollektives Bewusstsein über Missstände entstehen, welches die Voraussetzung für Selbstorganisation am Arbeitsplatz ist.

Festangestellte ersetzen

Jeden Samstag sitzt Hans neun Stunden hinter der Kasse im Kaufland in Halle-Neustadt, wo er Waren einscannt und das Geld der Kunden entgegen nimmt.

Die 400 Euro, die er im Monat bekommt, spart er, um sich seinen Auszug aus der elterlichen Wohnung zu finanzieren. Sein Bachelorstudium „Management Natürliche Ressourcen“ hilft ihm an der Kasse nicht weiter, aber in ein paar Jahren wird er hier nicht mehr arbeiten. Die Durchgangsstation im Kaufland stellt für ihn eine interessante Erfahrung dar, doch er merkt schon, dass er und seine Kommilitonen an der Kasse für die Festangestellten eine ernsthafte Bedrohung darstellen. 60% aller Angestellten haben Teilzeitverträge und nur 40% sind Festangestellte, mit diesen hat sich Hans aber noch nicht wirklich auseinander gesetzt: „...ich weiß nur, dass die teilweise so viel verdienen, wie wir als Pauschalkräfte, also an die 400 • ungefähr im Monat...“

Die vielen Teilzeitkräfte sind für den Filialleiter günstiger, als die erfahrenen Festangestellten mit ihren hohen Lohn-

nebenkosten (Arbeitslosen-, Kranken-, Unfall- und Rentenversicherung). Diese Relikte einer vergessenen Zeit stellen ein Wachstumshemmnis dar und können durch Teilzeitverträge mit deutlich geringeren Sozialabgaben ersetzt werden.
Hans findet diese Entscheidungen ungerecht, dennoch muss er nicht sein Gehalt durch ALG 2 aufstocken wie seine älteren Kollegen, sondern verdient sich lediglich etwas dazu, damit er sich ab und zu mal etwas leisten kann und um etwas unabhängiger von seinen Eltern zu werden. Aber nach sechs Monaten kündigt Hans selber bei seinem Chef, da er es nicht gut findet, dass alleinerziehende Mütter gekündigt werden, um durch junge besser ausbeutbare Teilzeitkräfte ersetzt zu werden.
Die Studierenden, die anderen JobberInnen und die Festangestellten werden gegeneinander ausgespielt. Wer den Job nur als vorübergehende Geldbeschaffung sieht, denkt sich vielleicht auch, dass er wenig mit den festangestellten Kollegen zu tun hat. Und akzeptiert auch öfter die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen der alteingesessenen KollegInnen. Wer die Aufweichung des Arbeitsrechts nicht hinnehmen will, steht oft alleine da.

Solidarität entwickeln

Durch die hohe Fluktuation am Arbeitsplatz kann ein ruhiger Austausch zwischen den Kollegen nur schwer stattfinden. Die vielen verschieden Arbeitsverträge (Festangestellte, Teilzeitkräfte, Leiharbeit, Praktika,...) sorgen für eine Verwirrung über die Anstellungsverhältnisse. Außerdem gibt es auch Unterschiede zwischen den studierenden JobberInnen, häufig wollen sich Studierende etwas dazu verdienen, um unabhängig von ihren Eltern zu werden oder auch um einfach erste Erfahrungen im Arbeitsleben zu machen. Aber einige KommilitonInnen sind auf das Einkommen aus dem Nebenjob angewiesen, um wie Tina ihre Miete zu bezahlen.
Ein Student mit neun Wochenstunden identifiziert sich wahrscheinlich weniger

mit seinem Arbeitsplatz und seinen KollegInnen, als eine Kassiererin, die 40 Stunden in der Woche im Betrieb ist. Wenn diese Frau gegen die Verschlechterung ihrer Arbeitsverhältnisse kämpft, so kann es durchaus vorkommen, dass die Pauschalkräfte sich nicht solidarisieren oder überhaupt gar nicht wissen, dass in ihrem Betrieb ein Arbeitskampf statt findet. Die Arbeitsbedingungen des Festangestellten nähern sich auch immer mehr denen der 400-•-Jobber an. Doch gegen diese Verschlechterungen einen effektiven Widerstand aufzubauen, kann nur gelingen, wenn die imaginäre Grenze zwischen den verschiedenen Statusgruppen eingerissen wird.
Hilfe kann man sich auch von außen holen. So bietet beispielsweise das Hochschulinformationsbüro (HIB) des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) in Halle Arbeitsrechtsberatungen für studentische JobberInnen an und kann auch Kontakte zu DGB-Gewerkschaften und Betriebsräten im Discounterbereich herstellen. Allerdings wird die Beratung wohl kaum über individualarbeitsrechtliche Fragen hinauskommen, und für klassenkämpferische Positionen sind die DGB-Gewerkschaften ohnehin nicht bekannt. Anders hingegen verhält sich die Anarchosyndikalistische Jugend (ASJ) Berlin mit ihrer Kampagne „Jung und Billig“. Auf ihrer Website findet man brauchbare Hinweise, wie man einen Austausch im Betrieb organisieren kann. Wer neben dem Studium einen Minijob in einem Supermarkt macht, findet dort allerhand rechtliche Tipps und kann auch seine Erfahrungen auf der Seite hochladen, damit andere LeidensgenossInnen nicht die selben Fehler begehen.

Zusammenfassend ist zu sagen, dass eine breite Diskussion über studentische Arbeitskräfte mehr als nötig ist, denn Studierende werden oft genug als billige Arbeitskräfte ausgenutzt, da sie wenig Erfahrungen in Sachen Arbeitsrecht aufweisen können. Viele Unternehmen in Universitätsstädten sind auf die kostengünstigen und handzahmen Hilfskräfte angewiesen, um auf deren Kosten Profit zu erwirtschaften. Eine Organisierung von Studierenden am Arbeitsplatz und eine Solidarisierung mit erfahrenen ArbeiterInnen im Betrieb könnte dem Niedriglohnsektor in Deutschland eine wichtige Stütze nehmen.

Willi Kufalt

Die „Jung und Billig“-Kampagne der ASJ-Berlin im Internet:
www.minijob.cc

Des Widerstands Zähmung

Erneut forcieren Politik und Unternehmer die Forderung nach Einschränkung des Streikrechts

Ein Funke genügte, das PR-Feuerwerk zu zünden: Deutschland brauche eine Regulierung des Streikrechts, sonst sei die Wirtschaft den Splittergruppen einer neuen Arbeiteraristokratie hilflos ausgeliefert. So der Tenor der „Streik-Debatte" im Frühjahr 2012. Anlass war ein Ausstand der *Gewerkschaft der Flugsicherung (GdF)* im Bereich der Vorfeldarbeiter auf dem größten deutschen Flughafen in Frankfurt/Main. Während die *GdF*, die erkennbar eine Eskalationstaktik verfolgte, den Streik bis Mitte Februar zunächst hinauszögerte und dann auf wenige Stunden beschränkte, forderte Hundt, der Chef des *Bundes Deutscher Arbeitgeber (BDA)* eine gesetzliche Regelung des Streikrechts. Der Lobbyist der Bosse schwadronierte von Missbrauch, Erpressungspotenzial und „großen volkswirtschaftlichen Schäden". Diese Schallplatte spielte Hundt bereits 2010 zugunsten der sogenannten „Tarifeinheit". Nach dem Motto „ein Betrieb, ein Tarif" heißt das nämlich Friedenspflicht für alle (siehe Kasten). Die gemeinsame Kampagne von Unternehmerverband *BDA* und Zentralverband *DGB* für die gesetzliche Verankerung der Tarifeinheit ist im vergangenen Jahr am innergewerkschaftlichen Protest gescheitert. Dass nun jede Gelegenheit ergriffen wird, eine Einschränkung des Streikrechts und des gewerkschaftlichen Spielraums zu fordern, zeigt:

Streikrecht und Tarifeinheit

In der Bundesrepublik ist Streikrecht Tarifrecht, denn eine Arbeitsniederlegung darf nur mit dem Ziel eines Tarifvertrags organisiert werden. Der „Grundsatz der Tarifeinheit" besagte seit 1957, dass in einem Unternehmen nur ein Tarifvertrag gelten könne. Die vertragliche Friedenspflicht schränkte somit auch die Handlungsfreiheit anderer Gewerkschaften ein. Seit 2010 ist mit der juristischen Absicherung dieses Platzhirsch-Effektes vorbei (Bundesarbeitsgericht, Aktenzeichen: 10 AS 2/10).

Es handelt sich bei der Debatte nicht um ein Strohfeuer, sondern um einen Schwelbrand.

Das Graffiti der Bosse: der Teufel an der Wand

Zurück nach Frankfurt im Februar 2012. Da die Tarifrunde im Öffentlichen Dienst noch bevorstand, hielt es wohl auch die *Vereinigung kommunaler Arbeitgeber (VkA)* für geboten, mit zu zündeln: „zügellose Splittergewerkschaften" müssten per Gesetz gebändigt werden. In der Tat hatten die Beschäftigten auf dem Frankfurter Vorfeld ihre Gewerkschaft frei gewählt und sich bewusst an die Spartengewerkschaft *GdF* gewandt, nachdem sie sich von *ver.di* nicht vertreten gefühlt hatten. Sie nutzen das hohe Gut der Koalitionsfreiheit. Aber als die *GdF* in ihrer kontrollierten Eskalation schließlich die Fluglotsen zum Solidarstreik aufrief, lief die Betreibergesellschaft *Fraport* zu Gericht. „So ein Streik ist für die Gewerkschaft nicht mehr anstrengend", lamentiert Jens Bergmann, der Geschäftsführer der *Deutschen Flugsicherung*, Anfang Juni in der *FAZ*. Inzwischen reiche schon die „Androhung der Androhung", um Forderungen durchzusetzen. Das deutsche Arbeitsrecht, ein Arbeiterparadies!

Tatsächlich erwirkte die *Fraport* zwei einstweilige Verfügungen, die sowohl den Kampf auf dem Vorfeld als auch den Unterstützungsstreik verboten. Am 21. März kam es schließlich zu einer Einigung, über die bisher immer noch keine Details vorliegen. Am selben Tag erklärte Wirtschaftsminister Rösler (*FDP*), „aufgrund der Ereignisse im letzten Monat" seien die Arbeiten an einem Tarifeinheits-Gesetz wieder aufgenommen worden. Dass die Bundesregierung noch kein Gesetz präsentiert hat, ist sicherlich der komplizierten verfassungsrechtlichen Lage und dem Justizministerium geschuldet. Ob diese Hürden allerdings hoch genug sind, ist fraglich: Die *SPD* verkündet im Bundestag, „Tarifautonomie und Tarifeinheit gehören zusammen" (H. Heil) und fordert, den Entwurf der Lobbyisten zur Gesetzesgrundlage zu machen. Auch für die *CDU* stellt die Tarifeinheit einen „hohen Wert" (P. Weiß) dar: „im Interesse einer Befriedung der Tariflandschaft … und im Interesse einer verlässlichen Sozialpartnerschaft".

Unerheblich ist bei der ganzen Debatte offenbar, dass die diffusen Horrorszenarien, die seit der Abschaffung der Tarifeinheit durch das Bundesarbeitsgericht 2010 lautstark verbreitet werden, reine Fantasie geblieben sind: keine andauernde „Streikwelle", kein Ins-Kraut-Schießen weiterer Spartengewerkschaften wie etwa der Feuerwehrleute, kein wirtschaftlicher Absturz, nichts. Die Streikaktivitäten erreichten dem *WSI-Institut* zufolge auch 2011 nicht das Vorkrisenniveau. Aber die Unternehmerverbände ficht das nicht an. In einer Münchner Erklärung erheben sie die Tarifeinheit neben Staatsschulden, Energiewende und Fachkräften zu einer von vier „Weichen für die Zukunft".

Freiheit und Recht – immer umkämpft

Für emanzipatorische Bestrebungen ist das Streikrecht, sind seine Existenz und seine Wahrnehmung elementar. Dem dürfte auch der Jurist und ehem. Vorsitzende der *IG Medien* (heute *ver.di*) Detlef Henschel zustimmen. Henschel betonte im Mai bei einer Tagung der *Rosa-Luxemburg-Stiftung* über „Politische Streiks im Europa der Krise" den grundlegend demokratischen Charakter dieser Aktionsform. Schließlich setze man damit ein kollektives Gegenrecht gegen die täglichen Einschränkungen durch abhängige Arbeit. Der Streik sei eine Grundlage für zivilgesellschaftliche Kompetenz und Kapazität. Etwas volkstümlicher fasste das Tom Adler, linker Metaller bei Daimler, mit Blick auf die jüngsten Warnstreiks der *IG Metall*: Sollte es zu Streiks kommen, wäre das „ein Szenario, das politisch hochinteressant wäre", denn das seien immer Momente, in denen „die Köpfe aufgehen". Man könnte ergänzend hinzufügen, dass ein solcher Ausbruch aus

Schadensersatz abgelehnt

Eine Schadensersatzklage im Nachgang eines Streiks der Gewerkschaft der Flugsicherung im April 2009 wies das Arbeitsgericht Frankfurt Ende März ab. Zur Begründung wies die Richterin auf die Bedeutung der Gewerkschaften in modernen Gesellschaften hin: Sollten Gewerkschaften durch zu hohe Haftungsrisiken zu sehr behindert werden, könne „eine Lähmung der Entwicklung des sozialen Lebens“ eintreten (*Aktenzeichen: 10 Ca 3468/11*).

Alltag und Normalität durch den ökonomischen Hebel, den er kollektiv in Anschlag bringt, zu den schweren Geschützen im Arsenal emanzipatorischer Handlungsoptionen gehört.

Betroffen von den Bondage-Gelüsten der Bosse und von der Knebelung durch bestehendes Recht sind keineswegs nur die Spartengewerkschaften. Das hob Henschel bei der Tagung der Luxemburg-Stiftung hervor: Derzeit kämpfen insbesondere *ver.di* und die *GEW* für Beamten- und kirchliches Streikrecht. Die Vorgehensweise zur Änderung und Liberalisierung der herrschenden Rechtsprechung sei der kalkulierte Gesetzesverstoß durch die tatsächliche Streikpraxis. Das birgt durchaus Risiken: Zuletzt verneinte das Oberverwaltungsgericht NRW im März 2012 ein Streikrecht von Beamten. Insgesamt aber scheint sich der *DGB* nur aus taktischem Kalkül von der gemeinsamen Initiative mit den Bossen zurückgezogen zu haben. So warf *DGB*-Chef Sommer Anfang Mai in einem Interview abermals alles in einen Topf und erklärte als sei dies ein und dasselbe: „Auch die Tarifeinheit und die Tarifautonomie müssen wieder gestärkt werden. ... Ich erwarte von der Politik, dass sie sich endlich dazu durchringt, die Arbeitswelt klaren Regeln zu unterwerfen.“ Anfang Juni immerhin gibt man sich zerknirscht. Auf einer Veranstaltung der neoliberalen Regulierer bezweifelte man, dass noch vor der nächsten Bundestagswahl ein entsprechendes Gesetz verabschiedet werde: Derzeit bestehe „kein politischer Wille, dies umzusetzen“.

Die Geisterbahn geht weiter

Unterstützung im Kampf für die „halb tote Idee“ (*Tagesspiegel*) der Tarifeinheit erhielten ihre Anhänger derweil durch die *Carl-F.-Weizsäcker-Stiftung*. Mit Hilfe dreier Professoren legte die Stiftung im März einen weiteren Gesetzesentwurf vor, der das Streikrecht der Beschäftigten und Gewerkschaften ebenfalls einschränken und dabei bei den „Unternehmen der Daseinsvorsorge“ ansetzen will. Dass sich die „Daseinsvorsorge“ dabei vom Gesundheits- und Bildungswesen über Energieversorgung und Müllabfuhr bis hin zu Telekommunikation und Bargeldversorgung erstreckt, macht deutlich, dass es sich um einen Frontalangriff handelt, der keineswegs nur gegen Spartengewerkschaften gerichtet ist, sondern gegen starke Sektoren der Klasse, gegen potenzielle Speerspitzen der Gewerkschaftsbewegung. Die Professoren fordern eine Vorwarnfrist von vier Tagen, einen Mindestbetrieb im Streikfall sowie eine verpflichtende Teilnahme an einem staatlichen Schlichtungsverfahren. Berufsgewerkschaften müssten für mindestens 15% der Belegschaft eintreten, wenn sie streiken. Insbesondere die Warnfrist und den Mindestbetrieb haben die Herren wohl aus dem französischen Gesetzbuch abgeschrieben. Würde der Entwurf hierzulande Gesetz werden, würden die Rechte der Beschäftigten deutlich stärker beschnitten als jenseits den Rheins. Denn nach Auffassung deutscher Arbeitsgerichte ist das nicht verbriefte Streikrecht kein Grundrecht der ArbeiterInnen, sondern an Gewerkschaften gebunden. Bereits darin sieht etwa die *FAU* eine schwerwiegende Verletzung des Rechts auf Streik, das als „ein grundsätzliches Menschenrecht aufzufassen [ist], auch wenn es effektiv nur kollektiv ausgeübt werden kann“, wie es 2011 in einem Positionspapier hieß. In die gleiche Richtung zielt ein – nicht unumstrittener – Wiesbadener Appell mit seinem Plädoyer für ein „umfassendes Streikrecht“ und für den politischen Streik. Umstritten u. a. deshalb, weil der Aufruf mit dem Tenor, in der Bundesrepublik gelte „weltweit das rückständigste und restriktivste Streikrecht“, effekthascherisch ein allzu düsteres Bild von den tatsächlichen Rahmenbedingungen für ArbeiterInnenbewegungen zeichnet – und damit wie nebenbei die zurückhaltende Politik des *DGB* entschuldigt: Solange die Politik untätig bleibe, seien den Gewerkschaften die Hände gebunden. Soweit zum Hintergrund.

Das Recht zu streiken ist kein Privileg

Unabhängig von der inhaltlichen Kritik des Aufrufs lässt die politische Großwetterlage jedoch nichts Gutes erwarten, sollte ein Streikrecht derzeit in Gesetzesform gegossen werden. Dies gilt auf Landesebene wie auf europäischer. So bedeutet der aktuelle Entwurf der sog. Monti-II-Verordnung über das „Recht auf Durchführung kollektiver Maßnahmen im Kontext der Niederlassungs- und der Dienstleistungsfreiheit“ eine Einschränkung des Streikrechts. Ende Mai wurde der Entwurf der *EU-Kommission*, der eigentlich arbeitnehmerfeindliche Entscheidungen des *Europäischen Gerichtshofes* hatte korrigieren sollen, vorerst von zwölf Landesparlamenten formaljuristisch abgelehnt – der Bundestag war bezeichnender Weise nicht unter diesen kritischen Stimmen zu vernehmen. Es geht jedoch noch schlimmer: In der Türkei, die immerhin eine Beitrittspartnerschaft mit der *EU* verbindet, verabschiedete das Parlament Ende Mai ein Gesetz, so berichtet die *taz*, wonach Luftfahrt-Beschäftigten ein Streik ganz verboten werden soll, um „übergeordnete Interessen des Landes zu schützen“. Einig sind sich die Gegner und die Befürworter eines liberalen Streikrechts wohl in einer Grundannahme, die Detlef Henschel so formulierte: „Jeder Streik ist politischer Natur.“

André Eisenstein

Weitere Infos: www.fau.org/streikrecht & www.direkteaktion.org & www.rosalux.de

Ausschluss für Europa

Bundesregierung verweigert EU-Ausländer_innen die Sozialleistungen

Bundeskanzlerin Merkel hat das Ziel der deutschen Krisenpolitik schon vor längerer Zeit benannt: „Es geht darum, dass es Deutschland gelingt, aus der Krise stärker hervorzugehen, als es hineingegangen ist“. Da gibt es immer was zu tun. Nachdem die Bundesregierung in den letzten Monaten immer neue Sparprogramme durchgesetzt und damit die Lebensbedingungen für viele Menschen in Europa beträchtlich verschlechtert hat, sorgt sie sich derzeit, die frisch Verarmten könnten nun massenhaft nach Deutschland einwandern und das hiesige Sozialsystem belasten.
Dieser vermeintlichen Gefahr will sie jetzt entgegensteuern. So werden die Hartz-IV-Anträge von in Deutschland lebenden EU-Bürger_innen momentan fast durchweg abgelehnt, bislang gewährte Sozialleistungen werden den Betroffenen verweigert. Besonders betroffen sind – passend zur gegenwärtigen medialen Stimmungsmache – vor allem Zuwanderer_innen aus den krisengebeutelten PIIGS-Staaten wie Italien, Griechenland oder Spanien.

Vorbeugende Vorbehalte

Die deutschen Jobcenter handeln dabei nicht aus eigener Initiative. Sie folgen vielmehr einer entsprechenden Geschäftsanweisung, die das Arbeitsministerium am 23. Februar 2012 der Bundesagentur für Arbeit erteilte. Die Anweisung kam so unvermittelt, dass man im ersten Moment sogar bei der Arbeitsagentur selbst verwundert war: Es gebe eigentlich keinen Handlungsbedarf, hieß es in einer offiziellen Stellungsnahme der Bundesagentur für Arbeit. Es handele sich wohl um eine rein vorbeugende Maßnahme von Arbeitsministerin Ursula von der Leyen.
Wo deutsche Krisen- und Sparpolitik, die auf den Ämtern übliche Gängelei von Hartz-IV-Empfänger_innen und ein latenter Rassismus zusammentreffen, da kommt natürlich nichts Gutes heraus. Die Vorbeugemaßnahme hat für die Betroffenen drastische Auswirkungen. Ihnen werden damit Sozialleistungen verweigert, auf die sie nicht nur zur Sicherung ihrer Existenz angewiesen sind, sondern die ihnen auch zustehen.
Als angebliche Rechtsgrundlage für diese Maßnahme dient der so genannte Leistungsausschluss, der in §7, SGB II geregelt ist. Dort heißt es, *„Ausländerinnen und Ausländer, deren Aufenthaltsrecht sich allein aus dem Zweck der Arbeitssuche ergibt, und ihre Familienangehörigen“* seien von den Leistungen ausgenommen.
Juristisch ist das alles andere als wasserdicht: Diese Klausel kann aus mehreren Gründen nicht auf in Deutschland lebende EU-Ausländer_innen angewendet werden.

So verstößt die Leistungsverweigerung u.a. gegen das Europäische Fürsorgeabkommen (EFA), das 1953 geschlossen wurde und an dem mittlerweile 18 Staaten beteiligt sind (*). Mit der Unterzeichnung dieses Abkommens verpflichtete sich die Bundesregierung, in Deutschland lebenden Bürger_innen der anderen Vertragsstaaten die gleichen sozialen Rechte und Leistungen wie den deutschen Staatsbürger_innen zu gewähren. Umgekehrt haben auch deutsche Staatsbürger_innen, die sich in einem der anderen Vertragsstaaten niederlassen, dort Anspruch auf Sozialleistungen.
Die Verweigerung der Leistungen ist also rechtswidrig – aufgrund des EFA-Vertrags haben die meisten der in Deutschland lebenden EU-Bürger_innen einen legitimen Anspruch auf Unterstützung. Die einzige Einschränkung bestand jahrzehntelang in einer dreimonatigen Sperrfrist für neu zugezogene EU-Ausländer_innen. Aber auch dieser für die ersten drei Monate des Aufenthalts geltende „Leistungsausschluss“ für Bürger_innen der EFA-Vertragsstaaten ist rechtswidrig, wie das Bundessozialgericht in einem Urteil vom Oktober 2010 entschied.
Aber man kann´s ja trotzdem mal probieren... So erklärte die Bundesregierung am 19. Dezember 2011 einen so genannten „Vorbehalt“ gegen das Fürsorgeabkommen, um EU-Bürger_innen von den Sozialleistungen ausschließen zu können.
Nun wären internationale Verträge reichlich überflüssig, wenn man nach der Unterzeichnung alle störenden Bestimmungen nach Belieben ignorieren könnte. Dementsprechend ist so ein Vorbehalt nur dann zulässig, wenn er *im Voraus* erklärt wurde – dann können die Vertragsstaaten bestimmte, noch nicht bestehende Verpflichtungen umgehen. Ein nachträglich erklärter Vorbehalt ist dagegen nur dann gültig, wenn dies als Möglichkeit im Vertrag selbst ausdrücklich festgelegt wurde.
Nun ließe sich der „Vorbehalt“ mit etwas gutem Willen als Teilkündigung des Abkommens auffassen. Eine solche wäre nach EFA-Artikel Nr. 24 durchaus möglich, es scheint aber fraglich, ob die Bundesregierung dies im Sinn hatte. Nicht nur hätte eine solche Kündigung europapolitisch unabsehbare Folgen – es wäre dann zu erwarten, dass auch die anderen Mitgliedsstaaten das Abkommen kündigen. Zudem hätte die Kündigung, um bis Mitte 2012 wirksam zu werden, spätestens zum 11. Dezember ausgesprochen werden müssen. Der am 19. Dezember erklärte Vorbehalt kam dafür also eine gute Woche zu spät.

Willkürliche Winkelzüge

Der „Leistungsausschluss“ für EU-Bürger_innen verstößt aber zusätzlich auch gegen Europäisches Gemeinschaftsrecht – genauer gesagt gegen die „Verordnung zur

Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit", die im April 2004 von Europa-Rat und Europa-Parlament verabschiedet wurde und seit Mai 2010 in Kraft ist. EU-Bürger_innen, die in Deutschland Arbeit suchen, haben demnach einen Anspruch auf völlige Gleichbehandlung, auch was den Zugang zu Sozialleistungen anbelangt. Auch der Bundesregierung war zweifellos bewusst, dass ihre Entscheidung rechtlich gesehen auf wackeligen Beinen steht. Das Kalkül könnte dennoch aufgehen, wenn die Betroffenen auf Widerspruch verzichten und lieber wieder in ihre Herkunftsländer zurückkehren, statt sich auf einen Rechtsstreit mit scheinbar unabsehbarem Ausgang einzulassen.

Dabei haben sie gute Chancen, auf juristischem Wege ihr Recht und ihr Geld zu bekommen. So erklärte das Sozialgericht Berlin in mehreren Fällen die Verweigerung der Leistungen für rechtswidrig. Auch die Klage eines griechischen Staatsbürgers beim Sozialgericht Leipzig war von Erfolg gekrönt.

Der Anwalt des Betroffenen, Dirk Feiertag, erläutert, welche juristischen Möglichkeiten es gibt: *„In jedem Fall sollten die Betroffenen innerhalb eines Monats gegen den Ablehnungsbescheid Widerspruch einlegen, und wenn dieser Widerspruch abgelehnt wird, wie es leider zu erwarten ist, dann beim Sozialgericht Klage einreichen – auch das binnen Monatsfrist. Außerdem empfiehlt es sich, gleich bei Erhalt des Ablehnungsbescheides ein einstweiliges Rechtsschutzverfahren beim Sozialgericht anzustrengen. Das ist wichtig, damit die Betroffenen schnellstmöglich ihr Geld bekommen. Über diesen einstweiligen Rechtsschutz kann das Jobcenter innerhalb weniger Wochen gezwungen werden, die streitigen SGB-II-Leistungen vorläufig weiter zu zahlen, so lange das Gerichtsverfahren läuft."*

Es wäre zu wünschen, dass möglichst viele der Betroffenen sich auf diesem Weg gegen die behördliche Willkür zur Wehr setzen. Denn umso eher werden die Jobcenter wohl wieder von ihrer derzeitigen Praxis abrücken. Und umso eher dürfte auch die Bundesregierung zum Umlenken bereit sein, die wohl ohnehin nur eine zeitlich begrenzte Willkürmaßnahme im Sinn hatte – einen kalkulierten Regelverstoß, um potentielle Leistungsempfänger_innen abzuschrecken und die staatlichen Kassen zu entlasten. Wenn der Standort Deutschland stärker aus der Krise herauskommen soll, als er hineingegangen ist, dann darf man eben auch vor unorthodoxen Mitteln nicht zurückschrecken.

hans

Weitere Infos unter:
www.fsn-recht.de
efainfo.blogsport.de

(*) Namentlich sind das Belgien, Dänemark, Deutschland, Estland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Island, Italien, Luxemburg, Malta, die Niederlande, Norwegen, Portugal, Schweden, Spanien und die Türkei.

Gesamteuropäische Schreckgestalt

Ein Gespenst geht um in Europa – nämlich das Gespenst des „Euroanarchismus". Momentan spukt es freilich nur in den Fluren der europäischen Sicherheitsbehörden herum. Und obwohl es dort gar schröcklich mit den Ketten rasselt, kann es über seinen gespenstertypischen Mangel an Substanz nicht hinwegtäuschen.

So sei der „Euroanarchismus" nur ein „Arbeitsbegriff" des Bundeskriminalamts, wie die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine Anfrage* der LINKEN erklärte: *„Der Komplex der 'europäischen Anarchisten' bzw. 'Euro-Anarchisten' ist dem BKA seit fast vier Jahren bekannt."* Allerdings sei die Bezeichnung bislang nicht definiert – vor allem weil in Deutschland *„keine Ausprägung des Phänomens 'gewaltbereiter Anarchisten' mit organisierten Strukturen und terroristischen Straftaten zu beobachten"* ist, für das der Begriff irgendwie stehen soll.

Die europäische Polizeibehörde Europol macht sich weniger Umstände beim Definieren: Für sie bezeichnet der Begriff „Euroanarchismus" die ganze Spannbreite von *„anti-capitalism, anti-militarism, anti-fascism and the 'No Border' campaign"*, also schlicht das gesamte linke/autonome Spektrum, das damit als europaweite, potentiell terroristische Vereinigung halluziniert wird.

Damit die Spukgestalt ein wenig Fleisch auf die Rippen bekommt, veranstaltete Europol am 25. April 2012 eine Konferenz in Den Haag, an der Behördenvertreter_innen aus 14 europäischen Ländern teilnahmen. Gesprächsthema war die Europol-Datenbank „Dolphin", in der die Polizeibehörden der verschiedenen EU-Staaten Informationen über „extremistische" und „terroristische" linke Zusammenhänge sammeln.

Das betrifft nicht nur solche Gruppen, die in den letzten Jahren tatsächlich mit Anschlägen auf sich aufmerksam machten, etwa die italienische Federazione Anarchica Informale (siehe FA! 11) oder die griechische „Verschwörung der Feuerzellen". Ein Thema waren auch *„strafrechtlich relevante"* Aktionen der italienischen *No-TAV*-Bewegung, die sich gegen eine geplante neue Zugstrecke quer durch die Alpen zur Wehr setzt, und aus diesem Kontext mögliche *„Straftaten gegen Schienennetzwerke"*.

Aber auch das schon erwähnte antirassistische *No-Border*-Netzwerk gilt den Sicherheitsbehörden mindestens als gefährlich und potentiell von gewaltbereiten Anarchist_innen unterwandert.

Es könnte also sein, dass die terroristische Spukgestalt des „Euroanarchismus" künftig an Kontur gewinnt: Ab Mai 2012 sollen die gesamten Europol-Dateien neu sortiert werden, wobei dann genau zwei Oberkategorien zur Verfügung stehen: „Organisierte Kriminalität" und „Terrorismus". Dreimal darf man raten, in welcher Kategorie sich die *No-TAV*- und *No-Border*-Aktivist_innen dann wiederfinden...

justus

* als PDF zu finden unter http://www.andrej-hunko.de/start/download/doc_download/223-kriminalisierung-von-internationalem-linken-aktivismus-und-anarchismus-durch-europol

Fortsetzung von Seite 1

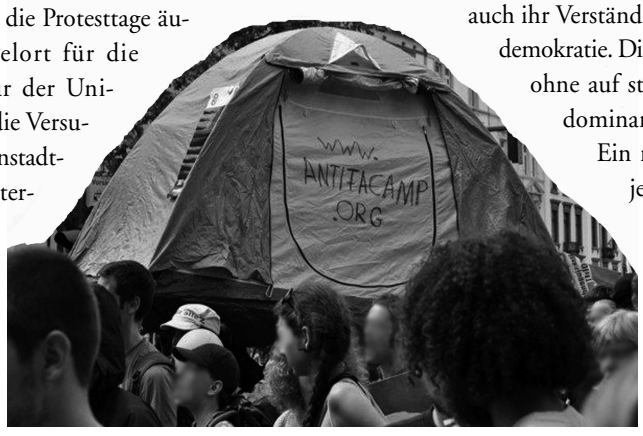
Occupy in deutschen Landen

Ein Blick in und über den Tellerrand der Blockupy-Protesttage in Frankfurt

(...) Die Aktionsplanung zu den drei Protesttagen klang vielversprechend: Zurückeroberung des öffentlichen Raumes durch vielfache Camps und Platzbesetzungen. Einen Tag später die Blockade des Bankenviertels, bei der vor allem die europäische Zentralbank (EZB) bestreikt und blockiert werden sollte. Parallel sollte die Innenstadt mit politischen Inhalten und kreativen Aktionen „geflutet" werden. Die Aktivist_innen waren angehalten sich anhand verschiedener Themenfelder zu organisieren: Ökologie, Militarisierung, Prekarisierung, Migration, Recht auf Stadt, Care-Work, Krieg und Krise, Rechtspopulismus und Soziale Revolution. Eine Großdemonstration am dritten Tag sollte dann die Aktionstage vorerst abschließen.

Bankfurt blockieren

Ein breiter Zusammenschluss aus Gruppen und Aktivist_innen organisierte das Happening. Sie kamen aus der Occupy-Bewegung, Erwerbsloseninitiativen, Krisenbündnissen, Gewerkschaften, *Attac,* Studierendenorganisationen, linken Parteien sowie diversen Initiativen mit antirassistischer, antifaschistischer, migrantischer, umwelt- und friedenspolitischer Ausrichtung.
Zentraler logistischer Angelpunkt für die Aktivitäten sollte v.a. das Occupy-Camp sein – ein seit Oktober 2011 bestehendes Zeltlager direkt vor der EZB. Die Stadt Frankfurt machte jedoch diesem Plan einen kräftigen Strich durch die Rechnung. Sie ließ nicht nur das Camp ein paar Tage vorher räumen (wenn auch die Besetzer_innen nach den Aktionstagen zurückkommen durften), sondern reagierte gleich mit einem umfassenden Verbot aller Aktivitäten rund um die Aktionstage. Obendrein wurde jede Menge Angst geschürt und Ablehnung von der Frankfurter Bevölkerung forciert. Die medial gemalten Horrorszenarien führten sogar so weit, dass einige Läden vorsorglich ihre Schaufensterware beiseite schafften. Obendrein wurden 15.000 Polizist_innen aus der ganzen Bundesrepublik geordert, um den sog. „Extremist_innen" aus ganz Europa das erwartete Steinewerfen zu versauern. Zwar wurde schlussendlich das Verbot der Großdemonstration am dritten Tag zurückgenommen, dennoch waren die Ausgangsbedingungen für die Protesttage äußerst schwierig. Als Sammelort für die Aktivist_innen blieb fast nur der Unicampus in Bockenheim, und die Versuche, am ersten Tag weitere innenstadtnahe Plätze zu besetzen, scheiterten an rigorosen Kesselungen, Räumungen und Ingewahrsamnahmen (an allen drei Tagen wurden zusammen ca. 1500 Menschen für gewisse Zeit weggesperrt).



Auch lagen die Erwartungen bei der Zahl der aktiven Blockupierer höher, als die Realität zeigte. Während am ersten Tag mehrere hundert Menschen versuchten Plätze zu besetzen, wuchs die Anzahl am Bankenbesetzungstag auf ca. 2000 (einige Busse wurden von der Polizei an der Einfahrt in Frankfurt gehindert). Insgesamt viel zu wenig, um eine solche Blockade wirklich umsetzen zu können. So endete auch der zweite Tag für Hunderte mit Kesselungen und Gewahrsamnahmen. Allerdings gelang es ca. 50-200 Menschen für kurze Zeit vor der EZB-Absperrung auszuharren. Auch wenn die Aktion intern insgesamt als Erfolg gewertet wurde, da die EZB ja durch die Polizei schon abgesperrt war und im Bankenviertel auch ohne Blockade kein Normalzustand herrschte, scheiterte die eigentliche Besetzung. International und innerhalb der EZB hat sie wenig Aufsehen erregt.
Mehr Aufmerksamkeit gab es hingegen für jene Aktivist_innen, die im Zentrum inhaltliche Aktionen machten, zum Beispiel zum Thema Landraub im globalen Süden. Allerdings war die Innenstadt ob der angekündigten Proteste weitaus menschenleerer als an anderen Tagen (der Einzelhandel beklagte sich übrigens im Nachhinein über einen Umsatzverlust in Höhe von ca. 10 Millionen Euro). Von und für die Blockupierer und andere Interessierte wurden zudem einige inhaltliche Workshops und Veranstaltungen angeboten, auf denen sich bspw. mit verschiedenen sozialen Bewegungen in Europa, dem sog. Arabischen Frühling, der Schuldenproblematik und dem Fiskalpakt sowie der Occupy-Bewegung an und für sich auseinandergesetzt wurde. Auch die bekannten Gesellschaftskritiker und Buchautoren Michael Hardt („Empire") und David Graeber („Inside Occupy") füllten den Saal am Bockenheim-Campus und philosophierten über die systemische Krise und das Potential der neuen globalen sozialen Bewegung.
Insgesamt verdeutlichte die Staatsmacht in diesen ersten zwei Tagen vor allem eines: Ihren Willen, das reibungslose Funktionieren der Banken zu schützen. Die Blockupy-Organisator_innen hingegen verdeutlichten sowohl ihren inhaltlichen Anspruch und die Entschlossenheit, was das Blockadevorhaben betraf, als auch ihr Verständnis von Selbstorganisation und Basisdemokratie. Die Aktivist_innen wurden eingebunden, ohne auf starre Hierarchien und Organisationsdominanzen zu stoßen.
Ein rundes Bild der Protesttage lässt sich jedoch nur unter Einbeziehung des dritten Tages malen. Dieser wirft ein ganz anderes Licht, zumal die letztlich doch genehmigte Demonstration ca. 25.000 Menschen aus ganz Europa anlockte.

Größe demonstrieren

Die Demonstration am Samstag wirkte wie eine kleinformatige Mischung aus Protestmärschen, die mensch vom G8-Gipfel in Rostock oder den ersten Berliner Hartz4-Protesten 2004 kennen mag. Die Veranstalter_innen zeigten sich zufrieden, dass so viele Menschen dem Aufruf folgten und – entgegen der medial verbreiteten Prognosen – vollkommen friedlich durch Innenstadt und Bankenviertel zogen. Die Assoziation mit vergangenen globalisierungskritischen und sozialen Protesten war vor allem auch dem extrem breiten Spektrum geschuldet, das sich in verschiedenen bunten Blöcken formierte. Während in den ersten zwei Tagen die Organisationszugehörigkeit der jeweiligen Aktivist_innen kaum erkennbar war, kam sie nun stärker zum Vorschein. Mit entsprechenden Fahnen, Plakaten, Transparenten, Lautis, Sprechchören und Flyermaterial machten die Gruppen auf sich aufmerksam und verbreiteten ihre Kritik an der Krisenpolitik und dem kapitalistischen System sowie ihre Utopie einer „besser" organisierten Gesellschaft. Der gemeinsame Nenner Aller bestand in der Ablehnung der derzeitigen europäischen Finanzpolitik insbesondere des Fiskalpaktes (1). Die Politik der sog. Troika (2) wurde scharf kritisiert, da von dieser lediglich Banken und transnationale Unternehmen profitieren, während den Griechinnen und Griechen rigorose soziale Kürzungen aufgezwungen werden. Ein verbindendes Ziel bestand in der Demonstration von Solidarität mit den Sozialprotesten, die in Griechenland und in anderen Weltregionen stattfinden. Dabei wurde vielfach auch der hiesige Sozialabbau scharf kritisiert.

Ansonsten war die Diversität bei der inhaltlichen Problemanalyse, den Lösungsrezepten und den Vorstellungen einer „besseren", „gerechteren" oder „befreiten" Gesellschaft so hoch wie das organisationale Spektrum breit war: Man konnte zahlreiche antikapitalistische (Splitter-)Gruppierungen entdecken, die wahlweise sozialistisch, kommunistisch, marxistisch-leninistisch-maoistisch oder anarchistisch orientiert waren, mal auf die *LINKE* Partei oder andere, sog. revolutionäre Parteien als Lösung setzten oder den Parlamentarismus ganz abschaffen wollten. Das gewerkschaftliche Spektrum erstreckte sich von der anarchosyndikalistischen *FAU* über *ver.di*, *IG Metall* bis hin zur *IG BCE*. Während erstere ihre hohe Mobilisierungsfähigkeit zu dieser Thematik durch einen eigenen Demoblock verdeutlichten, traten die *DGB*-Aktivist_innen eher durch vereinzelt auftauchende Fähnchen in Erscheinung. Darüber hinaus demonstrierten auch zahlreiche Gruppen, deren originäres politisches Handlungsfeld eher in anderen Themenfeldern liegt, wie bspw. *Stuttgart 21*-Gegener_innen, das *Tierbefreiungs-Aktionsbündnis,* das *Befreiungstheologische Netzwerk* und Friedensbewegte. Relativ großen Raum nahm neben *Attac* der selbsternannte „antikapitalistische Block" ein, zu dem die *Interventionistische Linke* und *Ums Ganze* aufgerufen hatten. Hier war der Großteil der Leute eher „individuell" unterwegs und machte v.a. mit inhaltlichen Plakaten, Sprechchören und Transparenten auf Themen aufmerksam. Auch der so genannte Schwarze Block fehlte nicht und wurde – zum Ärgernis aller Anwesenden – von hoch ausgerüsteten und behelmten Beamt_innen umrahmt und provoziert.

Neben der „Gruppenzugehörigkeit" spiegelten v.a. Sprechchöre und unzählige Flyer das breite und zum Teil widersprüchliche Spektrum wider. Während dem Großteil der Protestierenden wohl die Ablehnung gegenüber dem kapitalistischem Wirtschaftssystem als Ganzes unterstellt werden kann, gab es auch Flugschriften, die lediglich die Bändigung des sog. „Raubtiers" – sprich die entkoppelte Finanz- und Spekulationswelt – mittels staatlicher Regelungen forderten, um zu einer sozialeren Marktwirtschaft zurückzukehren. Einigkeit hingegen bestand darin, dass die Proteste nicht von Rechten vereinnahmt werden dürfen – dementsprechend häufig wurde auch in Flyern auf die Gefahr einer Verkürzung der Kapitalismuskritik auf die „Gier" einzelner Unternehmer aufmerksam gemacht. Statt zu personifizieren und damit die Tür für Verschwörungstheorien, nationalem Ausschluss von Menschen und Antisemitismus zu öffnen, wurde auf vielen Flyern das Wirtschafts*system* in seiner Funktion kritisiert.

Noch deutlicher wurde das Spannungsfeld der Positionen, wenn es um die Problematisierung der Rolle der politischen Akteure bzw. das parlamentarische Politiksystem in der Krise ging. Nahezu alle Facetten waren vertreten: angefangen von der Meinung, dass lediglich die „falschen Köpfe" an der Macht seien, weil sie sich von den Banken bevormunden ließen, bis hin zu anarchistischen Positionen, in denen der Parlamentarismus als Herrschaftssystem für die Ausbeutungsverhältnisse mitverantwortlich gemacht und abgelehnt wird. Dem entgegengesetzt wird eine gesellschaftliche Organisation, die auf direkte politische Partizipation und Mitbestimmung setzt. Wie sehr das nationalstaatliche Konstrukt als solches kritisch betrachtet wurde, verdeutlichten die Demonstrant_innen z.B. indem sie wahlweise ein Hoch auf die antinationale oder internationale Solidarität im Chor skandierten.

Eine Besonderheit der Demonstration war die hohe Präsenz von Menschen aus anderen vorwiegend europäischen Ländern und die explizite Verortung in einen globalen (Occupy-) Protestzusammenhang. Zudem zeichnete die Demo die Verbindung und Gleichzeitigkeit von globalen und lokalen Themen aus – im Unterschied zu bekannten globalisierungskritischen Protesten.

Da das hohe Polizeiaufgebot, die umfassenden juristischen Verbote und die negative Stimmungsmache so unverhältnismäßig zu den friedlich verlaufenden Protesttagen stand, musste die Stadt Frankfurt im Nachhinein einiges an Kritik einstecken. Dies könnte vielleicht künftige Aktionstage in Frankfurt zumindest logistisch erleichtern.

Teil einer globalen sozialen Bewegung?

Soweit so gut. Doch was verdeutlichen die Blockupy-Protesttage für den Stand der deutschen Occupy-Bewegung? Kann mensch hier von einer neuen sozialen Bewegung sprechen? In welchem Verhältnis steht sie zu den globalen Protesten?

Zunächst muss unterschieden werden, zwischen den Blockupy-Protesttagen, die als Mobilisierungskampagne angelegt waren, und der „Occupy-Bewegung", die in Deutschland v.a. durch Demonstrationen in verschiedenen Städten am 15. Oktober 2011 und dabei entstandene Protestcamps auf öffentlichen Plätzen in Erscheinung trat. Zwar nimmt die Blockupy-Kampagne ausdrücklich Bezug zur Bewegung und das Occupy-Camp in Frankfurt war maßgeblich in die Organisation eingebunden. Während das eine jedoch als punktuelle Kampagne erscheint, haben die Occupierer deutschlandweit den Anspruch, durch dauerhafte Präsenz im öffentlichen Raum auf die soziale Ungleichheit aufmerksam zu machen. Dabei versteht sich die Bewegung als offen – offen für alle Menschen und offen für verschiedene Vorstellungen, wie der Reichtum der Gesellschaft gerecht verteilt werden könnte. Die 99%, für die die Occupierer (medienwirksam) stehen wollen, bezeichnen die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung, die weitgehend leer ausgeht bei der Verteilung des Kuchens. Gemein ist den Occupy-Aktivist_innen, dass sie sich basisdemokratisch organisieren, echte politische Partizipation und Teilhabe fordern und den Neoliberalismus bzw. Finanzkapitalismus als ungerecht kritisieren. Statt dessen stehen sie für eine „ethische Wende", die den Menschen und die Natur in den Mittelpunkt rückt. Ein festes politisches Programm vertreten sie nicht. Ebenso wenig stellen sie eine feste Organisation dar, starre Hierarchien werden abgelehnt. Allerdings haben die einzelnen Aktivist_innen ihre jeweiligen politischen Visionen und auf lokaler Ebene wird oft bündnisorientiert zusammengearbeitet. Auf der organisatorischen Ebene zeichnen sich die Occupierer und Campierer v.a. durch partizipative Kommunikationsstrukturen aus: Entscheidungen werden konsensorientiert in öffentlichen Versammlungen getroffen, die in Anlehnung an die spanischen Sozialproteste *Asamblea* genannt werden. *Miteinander* gehört zur Occupy-Identität, auch in der Kommunikationspraxis (siehe Artikel S.18f). Neu ist vor allem die Verortung als globale Bewegung und die fortwährende Bezugnahme und Solidaritätsbekundungen zu weltweit stattfindenden Sozialprotesten. Die mediale Vernetzung, u.a. über soziale Netzwerke ist auch ein wesentliches Kennzeichen dieser neuen Bewegung.

Die deutsche Occupy-Bewegung teilt all diese Ansprüche und in sechs Städten gab (und z.T. gibt) es öffentliche Protestcamps – wie bspw. in Frankfurt seit dem 15. Oktober 2011 vor der EZB. Dort gab es vor allem vor den kalten Wintertagen auch wöchentliche Diskussionsveranstaltungen, um mit möglichst vielen Menschen aus der Bevölkerung in Kontakt zu kommen. Zwar hat sich die Außenwirkung des Zeltlagers im Laufe der Zeit vom Protestcharakter zum Campcharakter gewandelt und inhaltliche Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen mitwirkenden Gruppen trugen zu Spaltungen bei. Dennoch haben die Blockupy-Protesttage bei vielen dort wieder für Motivation gesorgt, die lokalen sozialen Kämpfe mit neuem Schwung anzugehen.

Im Vergleich zu anderen Weltregionen fallen die Proteste hierzulande jedoch recht klein aus. So waren die größten Demonstrationen, die zwischen 100.000 und 500.000 Menschen anzogen, in Madrid, Barcelona, Rom und Valencia. An der Demo in Oakland (USA) nahmen ca. 50.000 Menschen teil, glatt doppelt so viele wie Mitte Mai in Frankfurt. Unter diesem Licht betrachtet bewegt sich relativ wenig in Deutschland. Zwar kann man von einer Bewegung sprechen, da noch keine Institutionalisierungen stattfinden, allerdings erscheint die Anzahl, Entschlossenheit und Ausdauer der Aktivist_innen hierzulande derzeit nicht ausreichend, um sie als neue soziale Bewegung zu bezeichnen. Dazu fehlt es vor allem an einem gemeinsamen Bezugspunkt, um den sich die Menschen der verschiedensten Lebens- und Einkommenswelten sammeln und gemeinsam kämpfen können. Notwendig wäre eine konkrete inhalt- liche Basis, was für Veränderungen angestrebt werden und wie eine Gesellschaft jenseits des Kapitalismus funktionieren sollte. Eine auf Ausdauer ausgerichtete Bewegung benötigt einen gemeinsamen „politischen Korridor" (3) der zu einem Aktionskonsens führt und dennoch viel Raum für eine Vielfalt an Positionen lässt. Zudem würde ein aktueller Anlass, wie er bspw. bei den extremen Sozialkürzungen in Griechenland und Spanien besteht, die Formierung einer solchen sozialen Bewegung begünstigen. Diese Art der Kürzungen sind in Deutschland allerdings schon vor 10 Jahren mit der Agenda 2010 und den Hartz4-Gesetzen beschlossen wurden. Leider reichte schon damals die Empörung hunderttausender Menschen nicht aus, um die Reformen zu kippen. Die sozial prekären Biographien werden sich selbst überlassen, Probleme sind individualisiert. Außenpolitisch wird den Deutschen zudem medial suggeriert, ihre

Steuergelder würden massenhaft in die Taschen „fauler Griechen“ fließen. Demzufolge hält sich auch die Empörung über den geplanten Fiskalpakt in Grenzen. All das sind schlechte Ausgangsbedingungen für einen Protest, der einerseits eigene soziale Missstände und andererseits auch die problematische Rolle der deutschen Wirtschaft als Krisengewinner anprangern will. Es scheint, als komme die Bewegung in Deutschland aus der Tradition der globalisierungskritischen Bewegung, die unter dem Occupy-Label nun versucht auch deutsche soziale Missstände thematisch zu integrieren und die Menschen inhaltlich gegen den Kapitalismus zu radikalisieren. Zu kämpfen hat sie dabei zudem mit Spaltungstendenzen zwischen „Bürger_innen“, wahlweise „Arbeiter_innen“ und „Linken“. Die Gräben wirken zu groß, um über symbolische Großdemonstrationen hinaus (wie sie in Frankfurt stattfanden) gemeinsam gegen herrschende Verhältnisse aktiv zu werden. Dieses altbekannte Problem haben überhaupt nur die „echten“ neuen sozialen Bewegungen überwinden können – in Deutschland z.B. die Anti-Atomkraft-Bewegung. Diese zeichnet sich außerdem durch vielfältige Aktivitäten verbunden mit einem langem Atem aus.

Aktivitäten sollten dabei auch über die symbolische Wirkung hinaus gehen, um wirklich zu bewegen – z.B. durch gemeinsame Streiks. Den sich als Occupy-Bewegung verstehenden Aktivist_innen in Deutschland mangelt es sicher nicht an Willen und Plänen, ihre Bewegung zu einer neuen sozialen Bewegung werden zu lassen. Die Protestcamps, die regelmäßigen Demos und Veranstaltungen, die Offenheit gegenüber allen Bevölkerungsgruppen und der Versuch der direkten Aktion mittels einer Blockade der EZB sind Beispiele dieser Bestrebungen. Ihr Erfolg jedoch wird davon abhängen, wie viele Menschen bereit sind, mit ebenso großer Entschlusskraft auf diesen Zug aufzuspringen. Im Moment scheint diese Bereitschaft zu wachsen – auch wenn sie im internationalen Vergleich betrachtet relativ gering ist. Nimmt man hingegen Occupy in seinem Anspruch ernst, eine *globale* soziale Bewegung zu sein, dann erscheinen die Proteste hierzulande als Teil eines großen Ganzen. Unter dieser veränderten territorialen Brille ist Occupy gleichwohl eine soziale Bewegung – schließlich ist die Anti-Atomkraft-Bewegung in Bayern auch nicht so stark wie im Wendland. Vielmehr noch ist sie eine *neue* globale soziale Bewegung, und der Anteil in Deutschland ist durchaus wichtig, gerade weil hier auch die Profiteure des globalen Kapitalismus sitzen.

Wer nicht kämpft hat schon verloren

Auch wenn die deutsche Occupy-Bewegung im Vergleich zu anderen Weltregionen noch nicht so recht in Schwung gekommen ist, so hat sie dennoch Potential, im Rahmen einer neuen transnationalen Bewegung in die Geschichte einzugehen. Dafür jedoch bedarf es hier einerseits mehr Partizipation und Integration verschiedener Bevölkerungsgruppen und andererseits einer gemeinsamen politischen Agenda. Die Offenheit der Bewegung ist dafür Hindernis und Chance zugleich. Sie sollte nicht als Beliebigkeit oder Profillosigkeit vorschnell abgetan werden. Denn sie ist Programm, um eine kritische Mehrheit der Menschen darunter zu vereinen. Dieser Mehrheit dann einen gemeinsamen politischen Rahmen zu geben und konkrete Inhalte festzulegen für die langfristig zusammen gekämpft wird, wäre der zweite notwendige Schritt (3).

Dass es für tatsächliche Umbrüche gegen diese herrschenden Verhältnisse immer das Zusammenwirken einer sonst sehr gespaltenen Menschenmasse braucht, sowie Kräfte, die sowohl innerhalb etablierter Systemstrukturen als auch von außen gegen diese aktiv werden, ist nicht neu und hat die Geschichte auch schon etliche Male bewiesen. Ebenso lehrt uns die Geschichte, dass erst nach dem Durchbruch einer sozialen Bewegung absehbar wird, welche der Kräfte und Strömungen sich durchsetzen und was sich genau verändert. Aber impliziert das, dass sich das Engagement in sozialen Bewegungen von vornherein nicht lohnt, weil die Menschen in ihren Utopien so unterschiedlich sind? Wohl kaum – allerdings sollte es zu kritischer Achtsamkeit sensibilisieren, welche Kräfte versuchen sich an die Spitze etwaiger Bewegungen zu stellen. Allgemein gesprochen ist diese Kontroverse sogar äußerst fruchtbar, weil daraus Menschen erwachsen, die ihre eigenen Positionen kritisch reflektieren und weiterentwickeln. Eine wirklich herrschaftsfreie Gesellschaft kann nur aus einem Nährboden erwachsen, der von einer politischen Kontroverse zeugt, und in dem die politisch bewussten Menschen auch das Recht haben, sich in ihren Einstellungen zu unterscheiden. Eine „rebellierende Demokratie“ ist nicht homogen, wohl aber radikal gegen das staatliche Herrschaftssystem gerichtet (4). Die Occupy-Bewegung kann solch ein Nährboden sein und werden, sofern ihre Offenheit nicht für reformistische Schönheitskorrekturen ausgenutzt wird. Die wirkliche Herausforderung der Occupy-Bewegung besteht in ihrer *glokalen* Verortung – gleichwohl ist es auch ihre große Chance.

momo

---

(1) Im Fiskalpakt werden finanzpolitische Entscheidungen von Nationalstaaten an die EU-Ebene abgetreten. Damit einher geht v.a. eine Neuverschuldungsobergrenze, die an hohe Strafen gekoppelt wird und finanzschwache Ökonomien zu Sozialkürzungen verpflichtet. Der Fiskalpakt wird als Notwendigkeit argumentiert, um die europäische Staatsschuldenkrise in den Griff zu bekommen. Ausschlaggebend für diese Schuldenkrise waren v.a. die Rettungspakete an die Banken. Denn diese gerieten 2007 weltweit in Geldnot, als die Finanzspekulationsblase platzte. Die Immobilienkrise in den USA und die Spekulation mit schlecht gedeckten Krediten waren Auslöser der globalen Finanzkrise.

(2) Troika: Im Zusammenhang mit der Schuldenkrise wird das entscheidungsführende Dreiergespann, bestehend aus der Europäischen Kommission, der Europäischen Zentralbank und dem Internationalen Währungsfond als Troika bezeichnet.

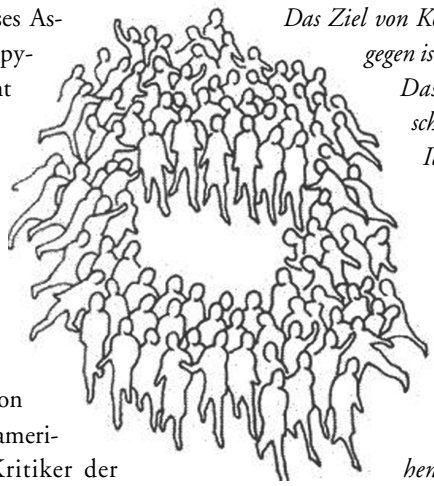
(3) Ein interessanter Aufruf zur „Wendlandisierung“ der antikapitalistischen Proteste in Frankfurt, verbunden mit Überlegungen zu inhaltlichen und organisatorischen Notwendigkeiten: http://antinazi.wordpress.com/2012/06/09/frankfurt-wendland-und-zuruck-ein-vorschlag-fur-blockupy-2-0/ .

(4) Prof. Miguel Abendsour philosophiert in den „Blättern für deutsche und internationale Politik“ 05/2012 über die ursprüngliche Bedeutung einer „rebellierenden Demokratie“. Diese wird von einer politischen Gemeinschaft getragen, die sich in all ihrer Heterogenität und Konfliktivität gegen die staatliche Herrschaft richtet. Sie steht als „beständiger Kampf für das Handeln und gegen das Herstellen“.

Neues aus der Bewegung:

Mit Kommunikationsmethodik gegen kapitalistische Krise

Es soll nicht die Aufgabe dieses Artikels sein, am neuesten Beispiel einer Bewegung durchzuexerzieren, was an Gerechtigkeitsidealen oder Appellen an den Staat kritikabel ist. Es soll an dieser Stelle nur ein Aspekt unter die Lupe genommen werden, der wirklich als ein Novum der Occupy-Bewegung reklamiert wird: die neue Art der Kommunikation. Die Bedeutung dieses Aspekts für die Occupy-Bewegung sollte nicht unterschätzt werden. Inhalte der „Occupanten" können schließlich von Land zu Land, von Staat zu Staat recht stark variieren. Na klar, irgendwie findet man Banken schon fies – aber ein US-amerikanischer linker Kritiker der Zentralbank hat in dem Punkt womöglich mit der dortigen *Libertarian Party* mehr gemeinsam, als mit der hiesigen *attac* oder dem *DGB*. Im Punkt des „Wie" der Entscheidungsfindung scheint die Einigkeit viel größer zu sein – mit Stolz und Begeisterung wird auf die Erfahrung der spanischen „Asambleas", also eine Art offene Versammlung, als ein Beispiel von „echter Demokratie" verwiesen.



Das Dokument aus den spanischen 15M-Protesten mit dem Titel „Kurzanleitung: Gruppendynamiken in Bürgerversammlungen" (1), auf das sich auch deutsche Occupy- bzw. „Echte Demokratie Jetzt"-Aktivisten berufen, ist zwar als methodische Anleitung geschrieben, verrät aber eine ganze Menge über die Inhalte der Proteste.

„Unserem Verständnis nach steht Kollektives Denken im völligen Gegensatz zu der Art zu denken, wie sie durch das gegenwärtige System angeregt wird. Dadurch ist es schwer zu integrieren und anzuwenden. Zeit ist nötig, da dies eines langen Prozesses bedarf. Wenn eine Entscheidung getroffen werden muss, neigt das normale Gesprächsverhalten zweier Menschen mit unterschiedlichen Meinungen dazu, konfrontativ zu sein. Jeder verteidigt seine Meinung mit dem Ziel, seinen Gegner zu überzeugen, und das solange, bis die eigene Meinung gewonnen hat, oder zumindest ein Kompromiss erreicht werden konnte.

Das Ziel von Kollektivem Denken hingegen ist es, Neues zu erschaffen. Das bedeutet, zwei Menschen mit unterschiedlichen Ideen arbeiten zusammen um etwas Neues zu kreieren. Die Betonung liegt also nicht auf: meine Idee oder deine; man verpflichtet sich vielmehr der Auffassung, dass zwei Ideen zusammen etwas Neues entstehen lassen können, etwas, das keiner von uns vorher ahnen konnte."

Die neue Bewegung grenzt sich vom Rest der Politik nicht durch Inhalte, sondern durch Methode ab – aus kontroversen Positionen soll etwas Gemeinsames erarbeitet werden. Sicherlich, das gibt es, dass Diskussionen unnötig aggressiv und nicht mehr an der Sache entlang geführt werden. Soweit richtig. Aber daraus macht die Bewegung dann, dass es gar keinen Dissens geben könne, der in der Sache begründet ist. Weder die Verfasser des Papiers, noch ihre zahlreichen Anhänger und Nachahmer kommen auf die Idee, dass es Positionen geben mag, die sich wirklich gegenseitig ausschließen, dass es gute Gründe geben kann für einen handfesten Dissens.

„Kollektives Denken entsteht, wenn wir verstehen, dass alle Meinungen, seien es unsere eigenen oder die anderer, berücksichtigt werden müssen um Konsens zu erzeugen, und dass eine Idee, wenn sie erst einmal erschaffen ist, uns verwandeln kann." Einen Dissens, der sich nicht mit geduldigem Zuhören in einen Konsens umbiegen lässt, gibt es einfach nicht. Dagegen wäre bspw. einzuwenden, dass ein Ablehnen einer Position gerade Folge aufmerksamen Zuhörens und Ernstnehmens des Kontrahenten sein kann (bzw. sollte). Doch auf die Frage, warum es überhaupt Dissens gibt, haben die Aktivisten der neuen Bewegung bereits eine eigentümliche Antwort gegeben:

„Was ist eine Bürgerversammlung? Sie ist ein bürgerbeteiligendes Entscheidungsgremium, das Konsens anstrebt. Die Versammlung sucht nach den besten Argumenten um eine Entscheidung zu treffen, die jede Meinung widerspiegelt – nicht gegensätzliche Positionen, wie es bei Wahlen geschieht. Sie muss friedvoll ablaufen, mit Respekt für alle Meinungen: Vorurteile und Ideologien müssen zuhause gelassen werden. Eine Versammlung sollte sich nicht um einen ideologischen Diskurs drehen; vielmehr sollte sie sich mit praktischen Fragen beschäftigen: Was brauchen wir? Wie können wir es bekommen?"

Es soll also scharf zwischen „Ideologie" (hier wohl als jedwede politische Einstellung gemeint, vermutlich auch abwertend für Menschen, die das beharrlich bzw. „penetrant" vertreten) und praktischen Fragen (politisches Programm) unterschieden werden. Wie sich z.B. der Vorschlag „den Staat abzuschaffen" von „anarchistischer Ideologie" trennen lassen soll, wird zwar nicht klar – aber das neue Entscheidungsverfahren wird schon mal als eine Alternative zum Parlamentarismus präsentiert. Sonst haben die Autoren des Papiers übrigens kein Wort darüber gesagt, was sie an der bestehenden Ordnung auszusetzen haben, außer diesen einen Punkt: Bei Wahlen geht es um gegensätzliche Positionen und Ideologien.

Der Glaube an die grundsätzliche Konsensfähigkeit aller Positionen kommt zustande, weil der Demokratieidealismus der neuen Bewegung völlig ohne den Begriff des „Interesses" auskommt. Die parlamentarische Demokratie ist diesen Kritikern

nicht „echt“ genug. Bei den Entscheidungen, die die per Gesetz dazu berechtigten politischen Organe treffen, fühlen sich die Teilnehmer diverser Zelt-Camps in Madrid und Frankfurt ziemlich übergangen – und das ist eine richtige Feststellung, ein wahres Moment der Forderung der Bewegung. Doch wenn es um die Benennung der Gründe dafür geht, fällt den Wutdemokraten vor allem ein, dass ja nicht alle mitentscheiden dürften und daher nicht alle vorhandenen Lösungsvorschläge für welche Probleme auch immer angehört würden. Dabei gibt es gar keine Übereinstimmung der Interessen etwa zwischen Protestlern und Regierenden in Deutschland in Sachen Hartz IV, ob die Verarmung der Arbeitslosen ein Problem darstellt oder doch vielmehr als Lösung eines Standortproblems daherkommt.

Die Stimmen aus der Bewegung verraten, dass für Occupy-Anhänger die Sache so aussieht, dass Parlamente, Parteien und Interessenverbände das Volk überhaupt erst spalten. Dass es verschiedene Parteien gibt, weil die Interessen nun mal verschieden sind, darauf werden die Verfasser folgender Zeilen wohl nicht gekommen sein: “*In unserem zunehmend auseinanderfallenden Gesellschaftssystem haben wir uns an folgende Form sozialer Kommunikation gewöhnt: Berufspoliker und Vetreter von Lobby-, und Partikularinteressen nutzen die massenmediale Infrastruktur um die grundlegenden Eckpfeiler in gesellschaftspolitschen Themenbereichen abzustecken.*“ (2)

Über das Auftauchen von Nazis auf ihren Demos sollten sie sich dann nicht wundern. Der Hass auf die bösen Partikularinteressen, die eine ansonsten ach so harmonische Gesellschaft (Gemeinschaft) auseinanderfallen lassen, ist ein Grundgedanke des Faschismus.

Die Occupy-Bewegung will, dass das Volk (also die „99%“) wirklich bestimmt, wo es lang geht. Der parlamentarische Weg schafft Gegensätze, in der Asamblea sei das Volk dagegen tatsächlich mal eine Gemeinschaft mit gemeinsamen Interessen. „Volkswille“ ist für die Anhänger direkter Demokratie kein rhetorisches Konstrukt – den gäbe es wirklich, den unverfälschten Willen des Kollektivs, aber die egoistischen Partikularinteressen verfälschten ihn. „*Findest du auch: […] dass wir nur noch von einer nicht einmal repräsentativen gesellschaftlichen Elite regiert werden?*“ (3)

Wenn aber „Arbeitnehmer“ und „Arbeitgeber“ mal wieder sowas von gar keinen Konsens darüber finden, ob die Lohne erhöht oder gesenkt bzw. die Arbeitszeit gekürzt oder verlängert gehört, dann liegt es nicht daran, dass sie keine tollen „*Gesten zum Ausdruck des gemeinsamen Befindens der Versammlung*“ kennen! *(„Dein Beitrag nimmt zu viel Zeit in Anspruch“ = überkreuzte Arme. Die Unterarme kommen zusammen und bewegen sich voneinander weg, wie die Zeiger einer Uhr, so dass sich die Handflächen über dem Kopf berühren.“)* In den Mitteln des individuellen Vorankommens in der Marktwirtschaft sind nun mal ziemlich unversöhnliche Interessenwidersprüche angelegt. Die Konkurrenz der Kapitalisten um die Märkte und der Arbeiter um die Arbeitsplätze ist auch nicht gerade etwas, was sich so eben mit einer anderen Art des Kommunizierens lösen ließe. Von Konflikten zwischen den Staaten ganz zu schweigen.

In der Kommunikationsform der „Occupanten“ kommt dagegen zum Ausdruck, dass hier Empörung mit Kritik verwechselt wird. Jeder kann aber mit seiner ganz persönlichen Betroffenheit als Betroffener vorstellig werden und mittels Demonstration seiner Empörung, die Versammlung bereichern. Es geht nicht darum, für bestimmte Interessen zu kämpfen – das würde andere ja ausschließen – sondern darum, mit der Versammlung und dem öffentlichen Campen zu zeigen, dass hier eine Mehrheit von Betroffenen versammelt ist.

Die neue Bewegung ist so offen für alles, dass sie gar nicht weiß, was überhaupt der gemeinsame Nenner zwischen all den Teilnehmern sein soll. Aber auch da sollen Kommunikationsforme(l)n helfen:

„Es ist nützlich, eine Diskussion mit den Punkten zu eröffnen, die verbinden, bevor man sich den Punkten widmet, die entzweien. Beispiele:

1) „Fass diesen Hund nicht an oder er beißt dich!“ könnte formuliert werden als „Sei vorsichtig mit diesem Hund, weil er dich beißen könnte, und keiner von uns würde das gut finden.“

2) „Wenn wir hier keinen Konsens erreichen, werden alle Anstrengungen verschwendet gewesen sein!“ könnte formuliert werden als „Es ist wichtig, dass wir einen Konsens in diesem Punkt erreichen, oder es könnte uns passieren, dass wir als Gruppe an Kraft verlieren, und keiner möchte, dass das passiert.“

Jede Festlegung auf eine konkrete Analyse oder Programmatik würde der Bewegung das besondere Güterzeichen „für alles offen zu sein“ berauben – *und keiner möchte, dass das passiert.* Denn eine offene Bewegung zu sein scheint schon Programm genug.

Junge Linke – gegen Kapital und Nation

JUNGE LINKE
GEGEN KAPITAL UND NATION

SOMMERCAMP NORD
26. Juli - 2. August
Niedersachsen

SOMMERCAMP SÜD
22. - 26. August
Ba-Wü/Bayern

Sonne und Theorie, Sommer und Diskussion, Freibad/Tümpel und Argumente. Täglich mehrere Workshops, die wie im “echten Leben” in Konkurrenz stehen zu Schwimmen, Schlafen, Spazieren, Kicken und Lagerfeuerromantik (letzteres sehr umstritten).

MEHR INFOS UNTER:
WWW.JUNGE-LINKE.ORG

(1) Zit. nach: www.echte-demokratie-jetzt.de/material. Soweit nichts anderes angegeben, entstammen alle Zitate dieser Quelle.
(2) Debatte: Die Asamblea als Instrument basisdemokratischer Meinungsbildung. 06.09.2011. http://acampadaberlin.blogspot.com/2011/09/debatte-die-asamblea-als-instrument.html
(3) Flugblatt von „Echte Demokratie Jetzt“ – Bremen, verteilt am 15.01.2012.

Zur Diskussion über Facebook und Co.

Soziale Netzwerke, auch *social media* genannt, können vieles sein – Nachrichtenmedium, Kontaktbörse, Visitenkarte oder einfach eine Suchmaschine, um verlorene Freund_innen wiederzufinden. Auch in politischen Zusammenhängen sind sie längst nicht mehr wegzudenken. Das liegt zum Einen sicherlich an der recht einfachen Benutzung von Chats, Blogs, Newsgroups etc. – es lassen sich schnell und unkompliziert eine Menge interessierte Menschen erreichen. Dies ist zwar für die Mobilisierung der nächsten Demo von Vorteil. Aber genau hier stellt sich für uns ein Problem: Um sich bei zahlreichen Onlineportalen anzumelden, ist oft die Abgabe deiner persönlichen Daten von Nöten. Hier ist es zwar noch möglich zu tricksen, aber spätestens über deine IP-Adresse bist du dann doch zu orten. Prinzipiell gibt es zu politischen Zusammenhängen und Aktionen keine unpolitischen oder harmlosen Kommentare. In jeder Aussage stecken Informationen über einzelne Personen oder über Zusammenhänge linker Strukturen, an denen die Ermittlungsbehörden brennend interessiert sind. Und selbst wenn du nichts bei *Facebook* und Co. über deine politischen Aktivitäten geschrieben hast, dann vielleicht deine Freund_innen, von denen dann auf dich indirekt verwiesen und damit auch über dich Auskunft gegeben wird. Und so lassen die auf den sozialen Medien kreierten Netzwerke häufig Rückschlüsse auf reale Politzusammenhänge zu. Dazu sagt zum Beispiel Jonathan Chang, seines Zeichens Mitarbeiter der Datenforschungsabteilung bei *Facebook*: „Ist es nicht cool, dass wir die politischen Neigungen jedes Einzelnen in unserem Datensatz von 500 Millionen Personen kennen?“ Das, wofür der Verfassungsschutz sonst einige Mitarbeiter_innen benötigt, wird ihm somit auf dem goldenen Tablett serviert.

Auch die entsprechenden Fotos werden manchmal von den Nutzer_innen gleich mitgeliefert, auf denen die ganze Bande dann bei der letzten Demo zu sehen ist. In den seltensten Fällen wird sich die Mühe gemacht, diese dann zu verpixeln oder nur so rudimentär, dass es kein Computergenie braucht, um an die realen Daten heranzukommen. Viele von ihnen finden ihren Weg auch unverpixelt ins Netz. Das ist eine klare Missachtung des Schutzes der abgebildeten Personen und endet zuweilen in Strafanzeigen und Gerichtsverfahren gegen Einzelne. In Berlin wurde zum Beispiel am 10. Juni 2009 eine Person zu 15 Monaten Haft verurteilt, auf Grundlage eines bei *Youtube* eingestellten Videos.

Sicherlich ist ein Argument für das Filmen und Fotografieren, Übergriffe der Polizei zu dokumentieren. Doch die Bilder haben danach nichts im Netz zu suchen, sondern sollten an Soli- oder Antirepressionsgruppen weitergegeben werden, die sie sicher aufbewahren und für politische Arbeit verwenden können.

Aber auch „private“ Fotos oder Videos geben mehr über dich preis, als dir lieb sein sollte. Sie zeigen, wo du mit wem rumhängst, wie es da aussieht, wie du dich so kleidest und mit wem du vielleicht auch gemeinsam politische Aktionen machst. Möglicherweise finden sich auch Fotos von illegalisierten Personen, die erkannt und so gefunden werden können. Die Facetten der Informationsfreigabe sind vielfältig und sehr unübersichtlich. Sind diese Informationen aber erst einmal im Internet, ist es wirklich schwer beziehungsweise unmöglich, das Ganze rückgängig zu machen. Das Netz vergisst so schnell nicht. Von diesen wahren Datenschätzen profitieren auch die Verfolgungsbehörden: So hat Facebook eine eigene Anwendung namens „Neoprint“ entwickelt, die den Behörden auf Anfrage ein handliches Informationspaket über Konteninhaber_innen zusammenstellt, das neben sämtlichen Profil- und Kontaktinformationen unter anderem Mini-Feed, Notizen, Freund_innenlisten (mit sämtlichen *Facebook*-IDs), Gruppenlisten und Nachrichten enthält. Auch Fotos – private wie öffentliche – werden Behörden zur Verfügung gestellt.

Und so bilden insbesondere *Indymedia*, *Facebook* und Co. wahre Fundgruben für Fahndungszwecke. Bei den nächsten Vorkommnissen haben die Ermittlungsbehörden so eine hervorragende Recherchegrundlage, um bei den „bekannten“ Leuten mal genauer nachzuschauen.

Soziale Netzwerke können hilfreich sein und auch imp olitischen Alltag nicht mehr wegzudenken. Umso wichtiger ist es, sich der möglichen Gefahren dieser Plattformen bewusst zu werden und gewissenhaft und sensibel mit seinen eigenen und den Daten anderer umzugehen. Das heißt konkret: Je weniger (wahre) Daten, desto besser! Machen wir es den Verfolgungsbehörden nicht unbedingt leichter als nötig!

Euer EA

Facebook muss sterben, damit ich leben kann!

Ich bin ja nicht bei Facebook. Ich besitze auch keinen Facebook-Account. Und nein, ich mache auch nicht mit bei diesem Facebook. Dennoch bestimmt Facebook mein Leben, denn dieses Facebook begegnet mir einfach überall. Ich kann ja kaum eine Webseite mehr besuchen, ohne Facebook-Buttons betrachten und vorsichtig umgehen zu müssen. Facebook auszuweichen ist schwierig geworden heutzutage. Ist ja auch in aller Munde, dieses Facebook. Da reden die Medien jetzt schon von Facebook-Revolutionen. Auf Facebook sei mal wieder zu Aktionen aufgerufen worden. Und Facebook ist ja auch sooo praktisch, wenn's um Mobilisierung geht, meint ein Genosse. Nur bekomme ich das meiste ja gar nicht mehr mit, wenn ich nicht bei Facebook bin. Otze feiert Geburtstag im Clara-Park und ich hätte es fast verpasst, weil ich's nicht bei Facebook las. Ich müsste doch einfach nur bei Facebook sein, sagte er. Ich müsse ja auch keine persönlichen Informationen bei Facebook lassen. Aber ich würde eben teilhaben können und immer up-to-date sein, erst recht wenn ich die Facebook-App auf dem Smartphone hätte.

Ich hab' nichtmal so ein scheiß Smartphone, Du verkackter Facebook-Primitivist!!!

Gut, ich sollte mich vielleicht doch nicht so über Facebook aufregen. Im Grunde ist Facebook doch nur ein Mittel zum Zweck, ein Kommunikationsmittel. Dort kommunizieren dann alle, die bei Facebook sind. Die, die nicht bei Facebook sind, kommunizieren ja auch noch. Nur eben nicht mehr mit denen von Facebook. Naja, vielleicht ist das auch die wahre Facebook-Revolution. So wie die Neandertaler damals den evolutionären Nachteil gegenüber dem Homo Sapiens hatten, so habe ich wohl einen Nachteil gegenüber den Facebooker_innen. Facebook sortiert, vielleicht ist das der Lauf der Dinge. Aber warum komme ich mir dann ausgeschlossen vor, weil ich den Facebook-Quatsch nicht mitmache? Momentchen … doch wohl, weil ich qua Facebook tatsächlich ausgeschlossen werde! OK, vor Facebook war ich auch einer der letzten, die so ein „Handy" hatten. Aber die Informationen erreichten mich noch, es gab keinen erbarmungslosen Facebook-Filter!

Schlimmer als die DDR, dieses Facebook!!!

Was soll's, Facebook hat sicher auch gute Seiten für die, die sich davon fernhalten, oder? Mit dem Facebook-Text hier darf ich immerhin mal wieder mehr schreiben als Justus. Junge Frauen üben sich neuerdings im Facebook-Ausdruckstanz, um mich zu inspirieren. Facebook könnte also durchaus was abzugewinnen sein. Aber wem mache ich was vor, ich hasse Facebook! Wo Hass ist, muss immer auch Liebe sein, schrieb sicher mal jemand in seinem Facebook-Status. Aber warum sollte überhaupt irgendjemand mit Restvernunft einen Fick auf etwas geben, was bei Facebook steht?! Ist Facebook nicht der globale Mülleimer menschlicher Kommunikation? Woher ich überhaupt weiß, was bei Facebook geschrieben wird? Na jeder zweite Facebook-Depp lässt doch seinen Account offen stehen, egal an welchem Rechner er sich befindet. Da komme ich gar nicht drum herum, auf Facebook-Seiten zu gucken. So blöd und blind kann eben auch nur Facebook machen. Facebook als Gradmesser für die soziale Degeneration einer Gesellschaft. Vom facebookschen Verfall der Gesellschaft … wobei, ich will Facebook mal nicht überbewerten. Facebook stinkt einfach nur. Facebook sozialpsychologisch zu betrachten hieße, sich mit dem intellektuellen Bodensatz einer eh schon abgestumpften medialen Gesellschaft zu beschäftigen. Da können Politniks noch so sehr den angeblichen Graswurzelcharakter von Facebook und Twitter beschwören, ich werde diesen Gestank einfach nicht mehr los. Facebook klebt wie eine elende Klette am mir, ist überall, Facebook nervt immer. Sich Facebook ganz zu entziehen würde bedeuten, alles hinter sich zu lassen. Eine Option, die Facebook nicht zulässt. Facebook versaut mir nicht nur das Internet; auch das Essen, Musik, Freundschaften und meine Lieblingsserie vermiest mir Facebook immer mehr!

Ja sogar der letzte Sex wäre ohne Facebook ganz OK gewesen!!!

Ach ... ich bin müde, Facebook schafft mich. Warum kann nicht einfach mal irgendwo irgendetwas ohne Facebook sein?! Habe ich Facebook am Ende gar verdient? Facebook als postmoderne Erbsünde, oder was? Ich ahne schon, wodurch das Paradies sich definiert – durch die pure Abwesenheit von Facebook. Aber Träumen hilft auch nicht, das Facebook-Trauma ist zu real. Um mich herum: Facebook. In meinem Kopf: Facebook. Überall nur: Facebook!

Facebook, Facebook, Facebook.

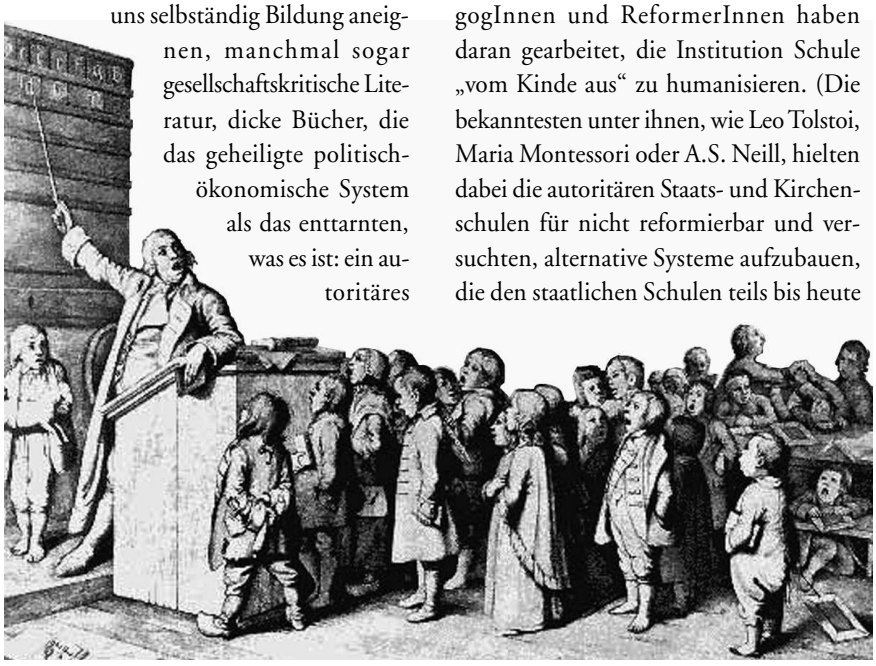
... leave our kids alone!

Notizen zur Schulkritik

Jede/r von uns hat 10 bis 13 Jahre lang ähnliches erlebt: Der Tag begann zwischen sechs und sieben Uhr mit einem durchdringenden Wecksignal. Einem schlechtgelaunten Frühstück folgte der hektische Aufbruch in eine Institution, in der wir bis nachmittags mit 25 Gleichaltrigen den Vorträgen älterer Mitmenschen zuhören mussten. Jeden verdammten Tag die Lehrplan-Endlosschleife aus Stoffdarbietung, Einübung und Lernzielkontrollen. Jeden Tag dem Minutenzeiger zusehen und hoffen, dass die Zeit irgendwie vorbei geht. Eeeendlooooos dehnten sich die Stunden, Tage, Wochen... Bis auf einmal alles vorbei war.

Wir rieben uns verdutzt die Augen und stellten fest, dass wir unser Leben nun, mit 13 Jahren Verspätung, tatsächlich vor uns hatten. Und in der Tat waren wir für dieses Leben ausgesprochen qualifiziert. Wir hatten nicht nur passives Rumsitzen gelernt, wir konnten auch Präpositionsformen, Integralrechnung und die Definition der innertropischen Konvergenzzone auswendig aufsagen!

Aber der Mensch ist anpassungsfähig, und so haben wir uns alle irgendwie im „echten Leben" eingerichtet. Nun konnten wir uns selbständig Bildung aneignen, manchmal sogar gesellschaftskritische Literatur, dicke Bücher, die das geheiligte politisch-ökonomische System als das enttarnten, was es ist: ein autoritäres Machtgefüge, das für sein Fortbestehen vor allem den Glauben, die Angst und die Bequemlichkeit seiner InsassInnen benötigt. Erhellend sind z.B. die Ausführungen, die Michel Foucault in seinem Buch „Überwachen und Strafen" zur Entstehung der Institution Schule macht. Mit der Verfeinerung des staatlichen Herrschaftssystems legten die Herrscher des 18. Jahrhunderts zunehmend Wert auf die Nutzbarmachung der Untertanen als Menschenmaterial. Dass es dabei höchstens sekundär um deren Alphabetisierung ging, wird aus den damaligen Dokumenten deutlich. Mit der jahrelangen Halbtagskasernierung der Kinder und Jugendlichen in der Volksschule sollten vielmehr brave, und nach 1800 auch patriotische UntertanInnen gezüchtet werden, wie sie sich die Staatsoberhäupter für ihre imperialistische Politik wünschten.



Natürlich ist die Schule von heute nicht mehr die von damals. Die Prügelei wurde beendet, der Umgangston verbessert, die Inhalte modifiziert, die didaktische Methodik verfeinert, die Wände neu gestrichen und sogar Computer eingeführt. Das sind Fortschritte, die hart erkämpft werden mussten. Generationen von PädagogInnen und ReformerInnen haben daran gearbeitet, die Institution Schule „vom Kinde aus" zu humanisieren. (Die bekanntesten unter ihnen, wie Leo Tolstoi, Maria Montessori oder A.S. Neill, hielten dabei die autoritären Staats- und Kirchenschulen für nicht reformierbar und versuchten, alternative Systeme aufzubauen, die den staatlichen Schulen teils bis heute erfolgreich Konkurrenz machen.)

Die entscheidenden Grundsätze der Schule sind von diesen Reformversuchen aber größtenteils unberührt geblieben: Der Anwesenheitszwang, das Prinzip von Befehl und Gehorsam, die verbindlichen Lehrplaninhalte, die Leistungsbewertungen, die Selektion in „starke" und „schwache" SchülerInnen usw.

Dabei mangelt es natürlich nicht an Begründungen für das Pflichtschulsystem (jedes autoritäre System versteht sich selbst bekanntlich als alternativlos). Dass wir junge Leute zwingen, zehn ihrer für die Sozialisation entscheidenden Jahre in einer weitgehend geschlossenen Anstalt zu verbringen, wird so etwa mit der Notwendigkeit begründet, sie einerseits für den Arbeitsmarkt „fit zu machen" und sie andererseits vor dessen frühzeitigem Zugriff zu bewahren. Als ob es heute kein Jugendschutzgesetz gäbe und die Kinder die Gemeinheiten des Kapitalismus nicht auch innerhalb der Schule abbekämen...

Die Schule gibt es nicht aus humanistischen Erwägungen, diese wurden erst nachträglich erfunden. Die Pflichtschule ist einfach ein notwendiges Teilsystem im autoritären Staat. Die logische Konsequenz aus dieser Einsicht wäre die Forderung nach ihrer Abschaffung.

Denkbar wäre es etwa, die Schulpflicht der SchülerInnen durch eine Bildungspflicht des Staates zu ersetzen: Alle jungen Menschen würden diesem Modell nach das Recht genießen, staatlich finanzierte, aber unabhängige Bildungseinrichtungen aufzusuchen und dort Angebote wahrzunehmen, um selbstmotiviert zu lernen, Abschlüsse zu erwerben etc. Die Freiwilligkeit des Schulbesuchs würde auch den Wettbewerb zwischen den Bildungseinrichtungen fördern. Schlechten Unterricht dürfte es in diesem System nicht mehr geben, durch die Abstimmung mit den Füßen würde vielmehr interessante und kreative Bildungsarbeit honoriert.

Dagegen ließe sich natürlich einwenden,

dass eine solche Entwicklung doch eher unrealistisch ist. Stattdessen solle mensch lieber den Reformprozess an den Schulen vorantreiben, freie demokratische Schulen unterstützen, Lehrplaninhalte und Fachdidaktiken weiter verbessern, um so die Schule zu dem zu machen, was sie sein könnte: kein Fluch, sondern ein Geschenk für die Menschheit.

Alles Quatsch, würden nun die AnarchistInnen sagen: An den Staat zu appellieren, doch bitte seine Machtbasis aufzugeben, ist absurd. Und die Reformen im Bildungssystem haben noch nie was Grundsätzliches verbessert. Sie suggerieren nur Veränderbarkeit und modernisieren den Machtapparat. Die einzig mögliche Perspektive bleibt eben die Verweigerung und Emanzipation von den autoritären Systemen. Wenn möglich nicht allein, sondern gemeinsam.

Aber ob wir uns die Realität nun eher sozialdemokratisch, anarchistisch oder doch lieber nach postmodernem Muster erklären, ob wir als SchülerInnen, Eltern oder gar als PädagogInnen mit dem autoritären Bildungssystem konfrontiert sind, grundsätzlich gilt: Wenn wir dieses als alternativlos verteidigen, entsolidarisieren wir uns nicht nur mit den Kindern von heute und uns selber als Kindern. Wir stellen uns auch auf die Seite der Macht, die früher Menschenmaterial für Arbeiter- und Soldatenheere brauchte und heute Humankapital für den Standort benötigt.

Was *wir* dagegen immer brauchen, ist der Blick von unten, die empathische Perspektive der Unterdrückten, die Solidarität mit denen, die in der Hierarchie ganz unten stehen – also Menschen, die jetzt an demselben Punkt sind wie wir vor 20 Jahren. Auch beim Erziehungssystem heiligt der Zweck nicht die Mittel. Und auch wenn es für den konkreten Umgang mit dem autoritären System leider kein Patentrezept gibt, gilt auch hier: Geht nicht gibt's nicht!

soja

Michael Seidman: „Gegen die Arbeit“

Seidmans Buch ist ein Phänomen – dass eine 30 Jahre alte Dissertation heute noch größere Debatten auslöst, ist zumindestens ungewöhnlich.

Und ungewöhnlich umständlich gestaltete sich auch die Veröffentlichung dieser deutschsprachigen Ausgabe: Schon vor etwa zehn Jahren erarbeiteten *FAU*- und *Wildcat*-Aktivist_innen eine Rohübersetzung, die dann, mit einigen Jahren Verzögerung, von dem *FAU*-Mitglied Andreas Foerster nochmals überarbeitet und zu einem durchgängig lesbaren Text umgeformt wurde.

Dass das Buch nun so viel später im anarchistischen *Graswurzelrevolutions*-Verlag erschien, ist ebenso mutig wie begrüßenswert. Denn obwohl Seidmans Forschungsarbeit schon 1982 entstand, ist sie auch heute noch geeignet, einige liebgewonnene Legenden der anarchistischen Geschichtsschreibung ins Wanken zu bringen.

Dabei verfolgt Seidman den vordergründig recht unspektakulären Ansatz einer vergleichenden Sozialgeschichte. Das Buch gliedert sich entsprechend in zwei Teile, wobei der erste die Konflikte in den kollektivierten Betrieben während der spanischen Revolution ab 1936 behandelt. Im zweiten Teil werden die Ereignisse in Frankreich untersucht, wo nach dem Wahlsieg der linken ‚Volksfront'-Regierung im Mai 1936 eine Welle von Streiks und Fabrikbesetzungen begann.

Hier wie dort gilt Seidmans Interesse dem Arbeiter_innenwiderstand ‚von unten', der sich immer wieder der Kontrolle der Parteien und Gewerkschaften (auch der ‚revolutionären') entzog. Sein Anliegen, so erklärt Seidman mit Bezug auf die spanische Revolution, war es dabei, *„eine ausschließlich politische oder ökonomische Bewertung zu vermeiden und stattdessen die sozialen Beziehungen in den kollektivierten Fabriken und Werkstätten zu erkunden“* [S. 245].

Revolte in der Revolution?

Genau an diesem Punkt beginnt die Verunsicherung, die das Buch in anarchistischen und anarchosyndikalistischen Kreisen hervorgerufen hat. Immerhin ist die spanische Revolution für heutige Anarchosyndikalist_innen immer noch *das* historische Vorbild schlechthin – im revolutionären Katalonien wurde tatsächlich in großem Maßstab versucht, das anarchistische Organisationsmodell, die kollektive Selbstverwaltung der Wirtschaft umzusetzen.

Aber wie Seidman zeigt, stieß dieses von der spanischen anarchistischen Gewerkschaft *CNT* verfochtene Konzept der Selbstverwaltung (also die Übernahme der Fabriken und deren Verwaltung durch die Arbeiter_innen selbst) bald auf Schwierigkeiten. So sahen sich die Aktiven der *CNT* rasch mit den gleichen Formen der Verweigerung konfrontiert, die sich zuvor gegen die Bosse gerichtet hatten – *„Sabotage, Diebstahl, Absentismus, Zuspätkommen, Krankfeiern und anderen Formen des Arbeiterwiderstandes gegen die Arbeit und den Arbeitsplatz“* [S. 236]. Trotz höherer Löhne, höherer Sozialleistungen, verlängerter Wochenarbeitszeit und vermehrter Zahl an Arbeiter_innen sank in vielen Betrieben die Produktivität.

Demgegenüber gingen die Gewerkschafts-Aktiven nun selbst mit Zwangsmethoden gegen solche ‚Disziplinlosigkeit' und ‚mangelnde Arbeitsmoral' vor. Nachdem die Akkordarbeit zu Beginn der Revolution abgeschafft worden war, wurde sie schnell wieder eingeführt. Ausgeklügelte Anreizsysteme sollten die Arbeiter_innen zu höherer Produktivität bewegen. Mit verschärften Kontrollen wurde gegen jene vorgegangen, die unbefugt der Arbeit fernblieben.

Zugleich wurde vielerorts dem technischen Personal unbeschränkte Weisungsbefugnis

gegenüber den einfachen Arbeiter_innen erteilt, etwa was die Produktionsziele betraf. Die *CNT* vollzog also einen deutlichen Bruch mit ihren eigenen egalitären Ansprüchen – wobei dieser Bruch scheinbar in keiner Weise problematisiert, sondern vielmehr als in der Natur der Sache liegend gerechtfertigt wurde.

Dies zeigt etwa ein (von der *CNT*-Gewerkschaft der Seeleute stammendes) Zitat, dass die Vorrangstellung des technischen Personals wie folgt begründet: *„Kann ein Ingenieur wie ein ungelernter Arbeiter angesehen werden? Der Ingenieur steht für kreatives Denken, und der ungelernte Arbeiter [ist] das Objekt dieses Denkens."* Auch in der sozialen Revolution gebe es eben Ingenieure und Ungelernte [S. 192].

Dabei betont Seidman immer wieder, dass diese Entwicklung nicht nur den Zwängen und Notwendigkeiten der Kriegswirtschaft geschuldet war. Die durch den Bürgerkrieg verursachten Schwierigkeiten (Blockaden, Zerstörungen durch Luftangriffe, Mangel an Devisen, Rohstoffen, Ersatzteilen, fehlende Absatzmärkte usw.) beschreibt Seidman zwar sehr ausführlich. Die Konflikte in den kollektivierten Betrieben sieht er allerdings anderswo begründet – nämlich im ‚produktivistischen' Programm, das die *CNT* schon lange vor Beginn des Krieges vertreten hatte.

Henry Ford für Anarchisten

In ihrer wirtschaftlichen Zielsetzung unterschied sich die *CNT* kaum von z.B. den russischen Bolschewiki: Mit der Übernahme der Produktionsmittel sollte die Abschöpfung des Mehrwerts durch die ‚parasitäre' bürgerliche Klasse beendet werden. Ansonsten sollten die Arbeiter_innen wie bisher weiterarbeiten – nur jetzt eben selbstbestimmt. Diego Abad de Santillán, ein wichtiger Aktivist und Theoretiker der *CNT*, drückte das so aus: *„Das Heil liegt in der Arbeit und der Tag wird kommen, da die Arbeiter es wollen. Die Anarchisten, die einzige Strömung, die nicht versucht auf Kosten anderer zu leben, kämpft für diesen Tag"* [S. 83].

Die Produktion sollte im Wesentlichen unverändert weiterlaufen. Santillán dazu: *„Es ist nicht nötig, die derzeitige technische Organisation der kapitalistischen Gesellschaft zu zerstören, sondern wir müssen sie nutzen. Die Revolution wird der Fabrik als Privateigentum ein Ende bereiten. Aber wenn die Fabrik bestehen und, unserer Meinung nach, verbessert werden muss, dann muss man wissen, wie sie funktioniert. Die Tatsache, dass sie gesellschaftliches Eigentum wird, ändert das Wesen der Produktion oder die Produktionsmethoden nicht"* [S. 82].

Die Fabrik sollte also nur ‚verbessert', d.h. modernisiert und effizienter gestaltet werden. Als Modell schwebte den *CNT*-Aktiven dabei die vom amerikanischen Ingenieur Frederick W. Taylor um 1900 entwickelte ‚wissenschaftliche Betriebsführung' und die standardisierte fordistische Massenproduktion vor.

Santillán: *„Wir bevorzugen die Ford-Fabrik, in der es keine Spekulation mehr gibt, in der die Gesundheit der Belegschaft gewahrt ist und die Löhne steigen. Das Ergebnis ist besser als ein winziger Betrieb in Barcelona"* [S. 89].

Der Vergleich mit dem „winzigen Betrieb in Barcelona" ist wichtig – die Begeisterung der *CNT*-Aktiven für die fordistische Fließbandproduktion erklärt sich vor allem aus den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, denen sie sich gegenüber sahen. Die spanische Industrie war derart rückständig und ineffizient, dass sie sich in der Weltwirtschaft nur dank der hohen Schutzzölle halten konnte. Soweit es moderne Betriebe gab, gehörten diese meist ausländischen Firmen. Das heimische Bürgertum dagegen hatte wenig Interesse an einer Modernisierung gleich welcher Art. So war die spanische Industrie in unzählige kleine und kleinste Unternehmen zersplittert, die Maschinerie veraltet, die Arbeit hart und die Löhne niedrig.

So verwundert es nicht, dass mit diesem Zustand verglichen den *CNT*-Aktiven die „Ford-Fabrik" als fortschrittliches Gegenmodell erschien – ein rationales Mittel, um hochwertiger, schneller und müheloser zu produzieren und den Arbeiter_innen zugleich höhere Löhne und bessere Versorgung mit Konsumgütern zu sichern.

Der Alptraum der Industriellen

Der Vergleich zu den Fabrikbesetzungen in Frankreich 1936, den Seidman im zweiten Teil seines Buches unternimmt, trägt sehr dazu bei, das Problem klarer zu machen, weil sich dort (anders als in Spanien) die fordistisch-tayloristische Produktionsweise bereits durchgesetzt hatte. [Abgesehen davon bietet dieser Teil eine präzise und materialreiche Untersuchung, aber wenig Anlass zu großen Kontroversen. Ich werde hier also auf diesen zweiten Abschnitt des Buches nur soweit eingehen, wie er zum besseren Verständnis des ersten beiträgt.]

Denn anders als die spanischen Anarchist_innen meinten, war die fordistische Fabrik keineswegs nur ein neutrales Mittel, um besser und leichter zu produzieren, oder Ausdruck einer ‚reinen' Eigenlogik der technischen Rationalität. Viel-

mehr drückte sich in ihrer ganzen Struktur ein spezifisches Klasseninteresse aus. Das fing schon bei der Architektur der Fabrikhallen an, die so angelegt waren, dass jede_r Arbeiter_in leicht überwacht werden konnte. Ausführlich beschreibt Seidman das Bemühen der französischen Unternehmen, wirksame Kontrollen für Stückzahlen und Qualität der produzierten Teile zu installieren. Dies geschah durch an den Maschinen angebrachte Zähler, aber auch durch die Vorarbeiter und Inspektoren, die dann wiederum in ihrer Überwachungsarbeit von Oberinspektoren überwacht werden mussten [S. 273ff].

Und nicht zuletzt war die Maschinerie selbst ein Mittel der Kontrolle, dass den Arbeitenden jede Bewegung und den Arbeitsrhythmus vorschrieb. Auch die ‚wissenschaftliche Betriebsführung' F.W. Taylors zielte in eine ähnliche Richtung: Nicht nur das Werkzeug, sondern auch die Bewegungsabläufe der Arbeiter_innen sollten standardisiert und sämtliche überflüssigen Handgriffe ausgeschaltet werden.

Hier liegt der harte Kern von Seidmans Kritik*, die auch die spanischen Anarchosyndikalist_innen trifft: Denn während die *CNT* in ihrer inneren Gewerkschaftsorganisation Hierarchien und Bürokratie immer zu vermeiden suchte, befürwortete sie zugleich in ihrem Wirtschaftsprogramm eine Form der industriellen Produktion, die auf Bürokratie, zentrale Lenkung und Planung der Produktionsprozesse zwingend angewiesen war – eine Form der Organisation, die darauf abzielte, jede unreglementierte Kooperation zwischen den Arbeiter_innen zu unterbinden.

Aus dieser Grundsatzentscheidung für die ‚Ford-Fabrik' ergaben sich dann entsprechende ‚Sachzwänge', die für die *CNT*-Aktiven als nicht mehr verhandelbar erschienen, und ebenso entsprechende Widerstände seitens der Arbeiter_innen.

Es ist Seidmans großer Verdienst, dass er diesen alltäglichen Widerstand ins Blickfeld rückt, wie er die kapitalistische Arbeitswelt seit Anbeginn prägt. Die Formen der Verweigerung waren, wie Seidman schreibt, *„diffus, undeutlich und sowohl individuell als auch kollektiv".* Die Arbeiter_innen schlugen *„keine Alternative vor zur Partei, zur Gewerkschaft oder zur privaten Kontrolle der Produktionsmittel."* Dennoch dürfe ihre Verweigerung, so Seidman, *„nicht als falsches oder mangelndes Bewusstsein abgetan werden."* [S. 257]

Es wäre also vermutlich auch zu kurz gegriffen, die renitenten Arbeiter_innen nun zum ‚eigentlichen' revolutionären Subjekt erheben zu wollen. Auch in Frankreich beschränkten sie sich auf das naheliegendste Ziel: sich der Arbeit so weit wie möglich zu entziehen. Sie kamen zu spät, gingen früher, dehnten ihre Pausen aus, stoppten eigenmächtig die Maschinen, verlangsamten den Arbeitstakt… Sie handelten nicht heroisch, sie wollten kein Programm umsetzen.

Das wirft auch Fragen für eine wie auch immer geartete ‚revolutionäre' Organisierung auf. Um Kurzschlüsse zu vermeiden: Die Vergesellschaftung der Produktionsmittel bleibt ein sinnvolles Ziel – solange diese sich in Privatbesitz befinden, wird sich der Arbeitszwang nicht beseitigen lassen. Und auch die anarchosyndikalistische Kritik an den hierarchischen Organisationsformen von Zentralgewerkschaften, Parteien usw. bleibt weiterhin gültig.

Der Irrtum beginnt, wo man diese falschen Organisationsformen durch eine ‚richtige' ersetzen will. Es gibt eben keine richtige Organisierung, die als solche schon revolutionär wäre. Es kann zweckmäßig sein, sich zu organisieren, aber der Zweck einer revolutionären Organisation besteht eben nicht in der Organisation als solcher. Es geht nicht darum, neue Mitglieder oder neue Einflussbereiche zu gewinnen (also die Praxis aus nicht-revolutionärer Zeit endlos in die Zukunft zu verlängern), sondern darum, neue gesellschaftliche Verhältnisse zwischen den Menschen zu schaffen – womit dann auch die Unterscheidung von ‚Aktiven' und ‚Unorganisierten' tendenziell bedeutungslos werden müsste. Denn welches Konzept einer herrschaftsfreien Gesellschaft mensch auch haben mag: Wenn die 'Unorganisierten' bei dessen praktischer Umsetzung nicht mitreden dürfen, ist es mit der Herrschaftsfreiheit nicht weit her. Und ob eine Fabrik nun Privat-, Staats- oder Kollektiveigentum ist, bleibt eine rein scholastische Unterscheidung, solange die Leute hier wie dort keinen Einfluss auf Zweck und Mittel der Produktion haben. In diesem Sinne wäre ‚Revolution' nicht als Umsetzung einer *Utopie* (im Sinne eines vorher aufgestellten Programms) zu denken, sondern vielmehr als Beginn eines Verhandlungsprozesses, um die Verhältnisse den Bedürfnissen jedes und jeder Einzelnen entsprechend neu zu ordnen.

Seidmans Buch zeigt, an welchen Klippen die spanischen Anarchist_innen dabei gescheitert sind. Damit wirft es wichtige Fragen auf – es wäre Zeit, sich damit auseinander zu setzen.

justus

Michael Seidman, „Gegen die Arbeit – Über die Arbeiterkämpfe in Barcelona und Paris 1936-38", Verlag Graswurzelrevolution, Heidelberg 2011

* während manche Leute offenbar meinen, Seidman hätte nur die *CNT* schlechtreden wollen – siehe z.B. die Kommentare unter http://wordpress.com/2011/11/05/gegen-die-arbeit-aufruf-zur-diskussion/

Blonde Bestien und antideutsche Kinnhaken

Bereits im letzten Jahr erschien beim „Archiv der Jugendkulturen“ in Berlin der Sammelband „Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus in Comics“. Schon der Titel verweist auf den sehr breiten Ansatz und so handelt es sich bei dem Buch auch nicht um eine konkrete Studie zum benannten Phänomen, sondern eher um einen Rundumschlag. Hier wird alles unter die Lupe genommen, von NPD-Wahlkampf-Comics der letzten Jahrzehnte bis hin zu italienischer Kriegspropaganda der frühen 1940er Jahre, von „Superman vs Hitler“-Strips zum bahnbrechenden „Maus“-Comic eines Art Spiegelmann. Hier wird die Reproduktion rassistischer Klischees in Mainstream-Comics wie „Tim und Struppi“ ebenso betrachtet wie die Schattenwelten antilinker Hasscomics in Skinhead-Fanzines oder die hierzulande eher unbekannten Abgründe zum Beispiel der aktuellen antiziganistischen Hetze per Comic in Ungarn. Selbst Nebenschauplätze der „Nazisploitation“ und die fragwürdige Darstellung von NS-Täterinnen in der Sparte der erotischen Comics finden Beachtung. Alles in allem, das lässt sich so vorwegnehmen, bietet der Sammelband einen reichen Fundus sowohl an ressentimentgeladenen Bildwelten als auch ihrer gezeichneten Kritik und bietet allein aufgrund der Fülle an Material einen bislang einzigartigen Zugang zu dem Themenspektrum. Zugrunde lag dem Werk eine Tagung, die im Vorjahr stattgefunden hatte. Neben den genannten Ansätzen spielte hier die Frage nach der Rolle von NS- und Holocaust-Comics im Schulunterricht eine zentrale Rolle, die auch im Buch breite Beachtung findet.

„Wir zeigen euch, wer hier die Fremden sind! Feuer!“ – Die Comic-Adaption der deutschen Sciencefiction-Schmonzette „Perry Rhodan“ aus den 1960er Jahren ist nur ein Beispiel von vielen dafür, wie faschistoide Züge, rassistische Stereotype und antisemitistische Weltbilder in einer ganzen Reihe von populären Comics vertreten sind – Comics, die einem breiten Publikum zugänglich waren und sind und weitestgehend als völlig unbedenklich angesehen werden. Ob es nun der zitierte futuristische Held Perry Rhodan ist, der hier mal wieder im Dienste der Zivilisation die Vernichtung einer gesamten außerirdischen Kultur anordnet oder sein US-amerikanisches Vorbild Flash Gordon, spielt kaum eine Rolle. Viele der Abenteuer, gerade auch jene aus dem Superhelden- und Science-Fiction-Milieu, lassen in Wort und Bild keinen Zweifel daran, mit welchen ideologischen Grundlagen sie hantieren. Das ist aber natürlich längst kein Geheimnis mehr, ebensowenig wie im Fall der vom Kolonialherrenblick durchdrungenen „Tim und Struppi“-Alben, bei denen selbst der Autor und Zeichner Hergé zugegeben hat, zeitgenössische rassistische Klischees und Vorurteile doch sehr unhinterfragt wiedergegeben zu haben. Und über die Comicszene hinaus bekannt ist auch der revanchistische Geist von „Fix und Foxi“-Schöpfer Rolf Kauka. Dieser besorgte seinerzeit die „Asterix“-Erstveröffentlichung in Deutschland mit seinen eigenen Abwandlungen: So deutet er das gallische Heldenduo zu den grimmigen Germanen Siggi und Babarras um, welche die Trutzburg Bonnhalla gegen anrennende Völkerstürme verteidigen und sich am leidigen Schuldkomplex (ja, es ist der Hinkelstein...) abarbeiten müssen. Dass viele Autoren und Zeichner bei aller Fantasie aus ihren eigenen beklemmenden Weltbildern nicht herauskamen und -kommen, systematisiert und veranschaulicht der Herausgeber des Sammelbandes, Ralf Palandt, schon in der ausführlichen Einleitung des opulenten Werkes.

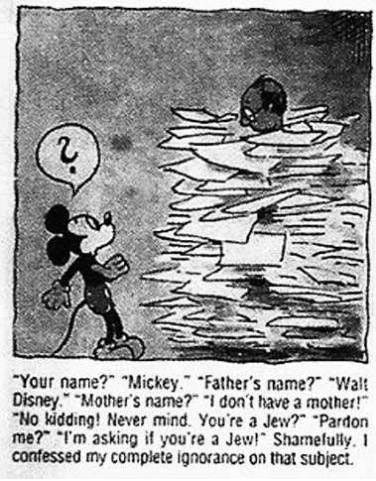
Natürlich kommt der Befund nicht überraschend: Denn wenn es Antisemitismus, Rassismus und andere Ideologien der Ungleichwertigkeit in der „gesellschaftlichen Mitte“ gibt, warum sollten dann gerade Comics verschont davon sein? Tatsächlich herrscht aber Palandt zufolge in Deutschland die Lehrmeinung vor, es gebe gar keine Comics von rechts. Das wäre ja „undeutsch“. Das erklären dann aber Vorwort und einige der Beiträge anhand zahlreicher Beispiele zum offenkundigen Nonsens und widerlegen auch den Mythos, Comics habe es vor 1945 in Deutschland nicht gegeben. Keinesfalls war die Verbreitung von Comics im NS verboten: So gab es vor dem Krieg nicht nur US-Publikationen zu kaufen, sondern entstanden mit Reihen wie „Mucki's lustige Streiche“ auch Sprechblasengeschichten aus deutscher Feder. Und Comics von extrem rechts sind in der BRD seit den 1980ern zu finden, auch jenseits der Nazi-Skin-Fanzines. Man verzichtet halt nur oft auf die englische Bezeichnung und greift zur „Bildgeschichte“. So goss der Nationaldemokratische Hochschulbund Ende 1979 in einer Publikation den Mauertod eines linken Journalisten in Comicform – nicht ohne den Hinweis, dass mit Wilhelm Busch angeblich der erste Comic-Zeichner ein Deutscher war. Bundesweite Öffentlichkeit erlangten rechte Comics mit dem illustrierten Beileger der NPD-Schulhof-CD (2005) und dem NPD-Wahlkampfcomic „Enten gegen Hühner“ (2009). In letzterem wird der rechtschaffende Schnabeltier-Staat vom artfremden, gackernden Federvieh heimgesucht. Und der FPÖ-Vorsitzende Heinz-Christian Strache ruft im Nachbarland als blassblauer Superheld in Strumpfhosen einen Jungen mit Zwille zur xenophoben Gewalt auf.

Bildergeschichten, so viel wird klar, eignen sich bestens zum Transport simpler Weltbilder. Sie haben aber auch Potenzial zur Kritik, wie der Autor Ole Frahm argumentiert. In seiner kürzlich erschienen Comic-Theorie „Die Sprache der Comics“ geht er von der Grundthese aus, dass Comics im vergangenen Jahrhundert „eine parodistische Ästhetik“ etablierten, welche „die rassistischen, sexistischen und klassen-

bedingten Stereotypien reproduziert und zugleich aufgrund ihrer immanent erkenntniskritischen Anlage reflektiert". Wenn immer wieder auch antisemitische Stereotype durch sogenannte Funnys und Fantastisches geistern – wie etwa Frahm im Sammelband schildert –, so können sie diese eben auch explizit aufs Korn nehmen. Dabei zeigen sich ausgesprochen pädagogische Werke von staatlichen Institutionen nicht selten als peinlich-naiv wie „Hanisauland" der Bundeszentrale für Politische Bildung, wo „Hass-Hasen" mit Möhrenklau die Demokratie untergraben. Oder eben unter nur spärlich verschleierter ideologischer Brille gezeichnet wie die „Andi"-Reihe, die vom nordrhein-westfälischen Innenministerium in Auftrag gegeben wurde und seither in diversen linken Kreisen als illustrierte Version der Extremismustheorie gilt.

„Andi" dominiert dann auch das schmale Kapitel über Antirechts-Comics im Buch. So kommt der Erfinder des „Bildungscomic für Demokratie und gegen Extremismus" Thomas Grumke zu Wort. Der Referent in der Abteilung Verfassungsschutz im NRW-Innenministerium preist die „subversive Verunsicherung" der Reihe, die als eine Art „Inspektor-Colombo-Pädagogik" „extremistische" Weltanschauungen hinterfragen soll. Warum das im Falle Andi auf so langweilige Weise geschieht, erklärt Grumke nicht. Immerhin scheint Herausgeber Ralf Palandt der Comic so sauer aufzustoßen, dass er ihn im Vorwort ausführlich kritisiert. Es wird zudem empfohlen, „Andi" bestenfalls zusammen mit dem „Mandi"-Comic pädagogisch zu verwenden, einem Anti-"Andi" von der Marburger Antifa-Gruppe 5

Interessanter und wohl auch in Sachen Information erfolgversprechender als staatlich bestellte Bildgeschichten sind jene – zum Teil gegen den *Main*strich gebürstete –, die in anderen Beiträgen diskutiert werden. Dabei tritt ein ganzes Genre von Holocaust-Comics zu Tage, die hierzulande zu Unrecht im Schatten der gefeierten „Maus"-Geschichte von Art Spiegelmann stehen. So ist zu erfahren, dass die erste die Deportationen thematisierende Tierfabel („Die Bestie ist tot") bereits 1944 zu Zeiten der Résistance in Frankreich erschien, in der Hitler als braune Bestie bildlich zum Leitwolf des deutschen mörderischen Rudels wird. Hellsichtig und im Struwwelpetergewand attackierte die britische Hitler-Satire „Trüffelesser" schon 1933 den militanten Antisemitismus. Im Miniheft „Micky in Gurs" wird der Mäuseprotagonist mit dem KZ-Grauen konfrontiert. Der Zeichner Horst Rosenthal hielt 1942 im Internierungslager Gurs/Frankreich die Verhör- und Demütigungspraxis fest – kurz nach dessen Fertigstellung wurde er in Auschwitz ermordet.



Solche historischen Wertstücke einem breiteren Publikum vorzustellen macht den Sammelband allein schon zu einer lohnenden Lektüre. Diese wird durch die Diskussion zeitgenössischer Comics und ihren Umgang mit Shoah und Nationalsozialismus noch ergänzt, die auch das Risiko von Verklärung und Vereinfachung miteinbeziehen. Demnach können sich Comics als Medien mit niedrigschwelligem Zugang auszeichnen, denen im Mix aus Text und Bild eine differenziertere Erinnerungskultur gelingt als manch ritualisiertes Gedenken. Im Comic-Albumformat gedruckt, kommt im Band auch das Grafische gut zur Geltung. Denn mit den Unmengen an Bildmaterial ist er eine beispiellose Materialsammlung, die obendrein mit dem Komplettabdruck von Bernie Kriegsteins weitgehend unbekannt gebliebenem „Master Race" (1955) aufwartet – einer dichten, virtuos erzählten Short Story über die NS-Vernichtungspolitik. Beim Durchstöbern dieses Fundus stößt man aber immer wieder auch auf komische Momente, die bei allem Ernst des Sujets eben zum Charakter des Comics gehören. So wie in einem Superman-Strip: Der Hüne packt Hitler am Schlafittchen und droht: »Ich würd' dir liebend gern einen absolut nichtarischen Kinnhaken verpassen«.

Bei aller Lobpreisung des Bandes sollen aber auch kritische Anmerkungen nicht unterlassen werden. Ein Problem stellt sich bei der Lektüre nämlich nicht trotz sondern wegen der Materialfülle und dem bewussten Verzicht auf Einschränkungen des Themas. Die Tour de Force durch das ganze Comicuniversum erscheint so mitunter unkoordiniert und zerfahren. Da wird mal chronologisch vorgegangen, dann wieder gar nicht; hier werden didaktische Fragen aufgeworfen, da ästhetische, dann diskutiert ein kurzer Absatz Aspekte der Zensur an, und schon fährt die Achterbahn weiter zur nächsten Fragestellung. Gerade die Einleitung erfüllt hier ihren Zweck nicht optimal, sie verwirrt mehr als zu klären und kann so gerade auf die im Comicgenre etwas unbedarften Leser_innen überfordernd und abschreckend wirken. Wer sich dieser Herausforderung jedoch stellt, wird eine Menge entdecken und erfahren.

waldschratt/teckla

Ralf Palandt (Hrsg.): »Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus in Comics«, Archiv der Jugendkulturen, Berlin 2011, 450 S., 36 •

Uebrigens

Der Feierabend! ist zwar das weltbeste libertäre Heft aus Leipzig. Aber auch das Schreibt sich nicht allein.
Auch Ihr, liebe Leser_innen, seid also herzlich eingeladen, Texte zum Heft beizusteuern, ob Theorie oder Erlebnisbericht...
Auch über Lyrik freuen wir uns immer!
Auch sonst gibt's viel zu tun: Layout machen, passende Bilder suchen...
...Texte korrigieren, Druckplatten belichten, das fertig gedruckte Heft falten...
...und schließlich an die Verkaufsstellen verteilen!
Bringt Euch ein! Meldet Euch unter feierabendle@riseup.net! Der Feierabend! braucht Euch!

Der liebe Mitbewohner – eine Ode an die Euphorie

Im Zimmer herrschte eine wesentlich höhere Temperatur als im Sonnenschein draußen. Das führte dazu, dass die ohnehin verbrauchte Luft zum Kauen einlud. Das kulinarische Ereignis wurde allerdings dadurch gemindert, dass die betreffende Luft in solchem Maße nach verdunstetem Bier, Asche und kaltem Rauch roch, dass einem der Appetit verging – alleine schon deshalb, weil sich automatisch der Mund schloss, um nicht weiterhin dem giftigen, sauren Mief Einlass zu gewähren.

Im hinteren Teil des Zimmers stand sein Bett.

Der liebe Mitbewohner lag darin. Als ich eintrat, bemerkte ich eine ungesunde Färbung seines Gesichts... was für ein Gesicht! Der Mundwinkel war wie der Rücken vom vielen Liegen krumm und schien aus der üblichen, menschentypischen Konstellation gerutscht. Seine Wangenknochen standen hervor und verliehen ihm das Aussehen eines langjährigen Lagerinsassen. Dieser Eindruck wurde durch die tief in ihren Höhlen liegenden Augen und die weithin sichtbaren Rippenbögen bestärkt.

Selbst die Augenlider hatten Falten, die beinahe dazu führten, dass die kleinen Augenschlitze kaum wahrgenommen werden konnten. Sie waren wie die schiefen Mundwinkel von Schlaf und Trägheit in der verschwitzten Hitze des Zimmers völlig verklebt.

Als er zum Reden ansetzte, riss die Kruste seines linken Auges und ihm entströmten Tränen, wegen dem ungewöhnlichen Reiz von Tageslicht. Zwischen der Bewegung seines Kiefers und der Reaktion seiner Mundwinkel lagen einige Sekunden, es schien, als sei durch die tagelange Inaktivität und das bekiffte Vor-sich-hin-Siechen sein Gesicht im Begriff, von den stabilen Komponenten seines Kopfes zu fließen.

Als dann das unförmige Loch (Mund) endlich auf war und die tabakverschmierten Zähne freilegte, entfuhr ihm zuerst der Geruch einer Kneipe ohne Frischluftzufuhr und dann ein undefinierbarer Laut, ein „Guter Morgen“, über dessen Sonnenaufgang sich schnell wieder die wie Regenwolken verquollenen Lippen legten.

Er redete dann erstmal weiter, aber seine Worte entglitten meiner Aufmerksamkeit – stumm vor Staunen, was alles aus einem

Menschen werden kann, stand ich vor seinem Bett und betrachtete das ganze Ausmaß seiner Degeneration: Er lag in einem Haufen Asche, der mit Zigarettenstummeln durchsetzt war. Der Aschenbecher an der Bettkante war fast leer. Die Fensterbank hinter ihm war gesäumt von leeren Bierflaschen, die auch Paludarien sein konnten – darin wuchs der Beginn einer neuen Evolution vom Urkeim an. Seine Decke war mehr ein entfärbter Drecklappen, der sich in die Müllhalde und in den Aschenhaufen verdreht hatte und seinen ausgemergelten Körper nur unvollständig bedeckte. Das komplette Zimmer, sein Inventar und er selbst waren von einem gelblichen Film Nikotin bedeckt, selbst das wenige einfallende Licht wurde von einer solchen Schicht gefiltert.

In diesem Licht, einem Heiligenschein aus Dunst, Rauch und Gestank, wälzte sich der liebe Mitbewohner nach seinem Tabakbeutel hin. Nach seinen ersten Worten brauchte er wieder eine Zigarette – einem üblichen exzessiven Kettenraucher hätte die Luft von gestern Nacht gereicht, um einen Nikotinrausch zu erleben. Nachdem die neue Zigarette gedreht war und der Tabak aus seinem schiefen Mundwinkel auf die Bettdecke rieselte, um dem ganzen Dreck dort Gesellschaft zu leisten, zitterte seine dürre Hand zu dem Feuerzeug.

Die Anstrengung für seinen Daumen muss kaum erträglich gewesen sein, denn nachdem die Flamme brannte, krampfte dieser bis die Knöchel weiß wurden und zitterte nur langsam in seine Ursprungsposition zurück. Dabei krachten seine Gelenke wie Knallfrösche zu Neujahr. Die dürren Ärmchen sanken auf die Bettdecke und in den Aschenbecher. Ein saugendes Geräusch ertönte, und beim Aufglimmen der Zigarette stank es fürchterlicher denn je. Plötzlich wurde der Körper des lieben Mitbewohners von einem starken Husten geschüttelt. Aus der Teergrube seiner Lunge mussten einige Abgasfürze aufgestiegen sein, die nun an seinem Gerippe rüttelten.

Ich war sehr besorgt und fragte den Siechenden ob es ihm gut ginge – und aus seinem dreckverschmierten Lager tönte doch tatsächlich ein hilfloses, krächzendes „jaaaa..a....a.“

Ich musste nun zusehen, dass ich seinen morgendlichen Rauchattacken auswich. Die erste schwere Schwade Gestanks walzte sich bereits unheilsschwanger und das Zimmer verdunkelnd auf mich zu – ich drehte mich zügig zur Tür, und als ich sie öffnete, richtete ich noch mal einen Blick zurück... „Naja, alles was Spaß macht, nech!?“

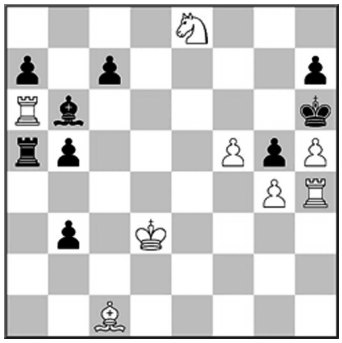
Marcel Faust

Sommerproblem

Lösung #44:

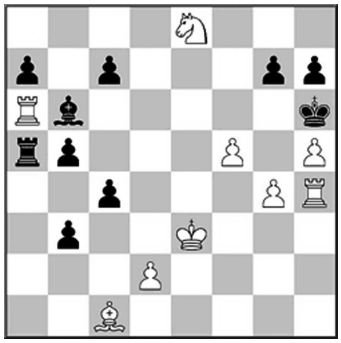
Stellen wir zunächst einmal fest, dass die #44er-Stellung legal ist. Es ist leicht nachzuweisen, dass die letzten Züge 1…c4xd3 e.p.+ 2. d2-d4 c5-c4+ waren. Die Lösung von (a), dem Matt in zwei Zügen vom obigen Diagramm aus, lautet 1. Kxd3+ g5 2. hxg6 e.p. matt.

Jetzt betrachten Sie die Stellung, die sich ergibt, nachdem 1. Kxd3+ g5 gespielt wurden. Dies ist die Ausgangsstellung für Teil (b) des Problems:



(b) Weiß setzt in 2 Zügen matt

Es ist wichtig, hier zu beachten, dass in dieser Stellung das en-passant-Schlagen 1. hxg6 e.p. nicht legal ist, da nicht nachzuweisen ist, dass der letzte Zug g5 gewesen sein muss. Es gibt andere letzte Züge, die zur gleichen Stellung geführt haben könnten. Das Matt in zwei wird mit 1. Lb2 gxh4 erreicht. Nach jedem anderen Zug von Schwarz kann Weiß mit 2. Lg7 matt setzen. Aber nach dem gxh4 setzt 2. Lc1 matt. Spult man vom Ausgangsdiagramm mit 1…c4xd3 e.p.+ 2. d2-d4 zurück, erreicht man die folgende Stellung, die Ausgangsstellung für Teil (c) ist:



(c) Weiß setzt in 2 Zügen matt

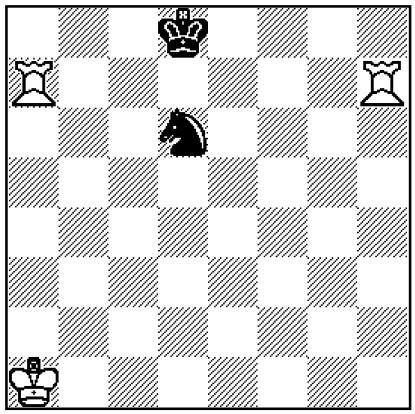
Hier lautet die Lösung 1. Kf4 g5+ (sonst folgt 2. g5 matt) 2. hxg6 e.p. matt.

Problem #45:

Und damit sich Eure zermarterten Gehirne in der Sommerhitze erstmal etwas regenerieren können, gibt's diesmal einen verhältnismäßig einfach Zweizüger.

Wie immer, wenn nicht anders angegeben, ist Weiß am Zug und setzt Schwarz in zwei Zügen schachmatt.

Zu gewinnen gibt es eine Tandemschach-Portion Mousse Dame Blanche, mit viel Liebe hergestellt von der Feierabend!-Schachredaktion. Also ran jetzt:



Die FA! Pawn Stars präsentieren:

Schach Satt!

Die Rubrik für hungrige Schachspieler_innen

LECKER!

Mousse Dame Blanche

Nougatschokolade mit 100g Sojasahne (Natumi) im Wasserbad erhitzen (max. 35 Grad) bis Schokolade geschmolzen ist. Über Nacht im Kühlschrank auskühlen lassen.
Weiße Schokolade mit 75g Sojasahne (Natumi) im Wasserbad erhitzen (max. 35 Grad) bis Schokolade geschmolzen ist.
Nougatschokoladensahnemasse sahnig schlagen und in kleine Dessertgläser/-schälchen füllen, weiße Schokoladensauce darüber geben. Eventuell mit Schokosplittern verzieren. Fertig.

Zutaten für 4 Portionen:

- 50g vegane Nougatschokolade
- 175g Sojasahne
- 25g vegane weiße Schokolade

Und hier gibts den...

Lindenau

hinZundkunZ, Georg-Schwarz-Str. 9
Café Westen, Demmeringstr. 32
Casablanca, Josephstr. 12
Skorbut, Dreilindenstr. 1

Schleußig

Besser Leben, Holbeinstr. 2
Lebensart Naturkost, Könneritzstr. 49
Rückenwind, Schnorrstr. 23
Klanggarten, Könneritzstr. 63

Plagwitz

Schatzinsel, Forststr. 7
Drift, Karl-Heine-Str. 83
Infobude/Projekt G16, Gieszerstr. 16
Vleischerei, Zschochersche Str. 23
Sublab, Karl-Heine-Str. 93
Tipi, Karl-Heine-Str. 93

Feierabend!

Connewitz

Café Similde, Simildenstr. 9
Buchhandel El Libro, Bornaische Str. 3d
Frau Krause, Simildenstr. 8
Lazy Dog, Wolfgang-Heinze-Str. 20
Plattenladen im Zoro, Bornaische Str. 54

Südvorstadt

Späti Esperantos Katzer, Schenkendorf Str. 20
Bistro Shahia, Karl-Liebknecht-Str. 98
Mandragora, Kurt-Eisner-Str. 84
Onkel Toms Hütte, Arthur-Hoffmann-Str. 120

Volkmarsdorf

Nähmaschine Und Regenschirm, Mariannenstr.89

Halle /Saale

Infoladen im VL, Ludwigstr. 37
FORMAT, Geiststr. 42

Zentrum

Libertäres Zentrum Libelle, Kolonnadenstr. 19
City-Döner, Leplaystr. 3

Archive

Infoladen Conne Island, Koburger Str. 3, 04227 Leipzig
Anarchiv, Wolfsburgstr. 25-29, 67433 Neustadt a.d. Wstr.
Alhambra-Archiv, Hermannstr. 83, 26135 Oldenburg, archiv@alhambra.de
DaDa Köln, c/o TTE-Bücherei, Bürgerzentrum Alte Feuerwache, Melchiorstr. 3, 50670 Köln, koeln@dadaweb.de, www.free.de/dada
Bibliothek der Freien, Haus der Demokratie, Greifswalder Str. 4, 2. Hof, 10405 Berlin, zeitschriftenarchiv@bibliothekderfreien.de
Archiv der sozialen Bewegungen, St.-Pauli-Str. 10/12, 28203 Bremen, archivbremen@niatu.net

Feierabend!

ABO-Ticket

Merkzettel (aufheben)

3 Ausgaben kosten 5 Euro (inkl. Versand)

Bereits bezahlte Ausgabe einfach hier markieren:

#46	#47	#48	#49	#50	#51

Bestellung (schicken)

Ich möchte ein ABO
☐ neu anmelden
☐ Ich möchte mein ABO verlängern

Meine Postadresse ist:

Das Geld für folgende Ausgaben liegt bei:
(3 Ausgaben = 5 Euro)

#46	#47
#48	#49
#50	#51

***Feierabend!* auch im ABOnnement**

3 Ausgaben für 5 Euro
ältere Ausgaben z.T. noch erhältlich

Kontakt:
c/o Feierabend!
Kolonnadenstr. 19
04109 Leipzig
feierabendle@riseup.net
Homepage: feierabendle.net

Einsendeschluß für #46:
10. August 2012